

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werththätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. excl. Bestellgeb.

Chefredaktion:  
**Dr. Bruno Schoenlant.**

Inserate werden die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgeborene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Der Postetat für 1898.

\* Leipzig, 2. Februar.

Wenn die Verhandlungen des Reichstages über den Postetat, wie morgen, beginnen, dann bemächtigt sich der Unterbeamten eine tiefgehende Erregung. Halb Erwartung der kommenden Dinge und Hoffnung auf den Reichstag, der die Verhältnisse zum Besseren wenden soll, halb Mißstimmung und Erbitterung auf eine Behörde, die es nicht durchzusetzen vermocht hat, daß die schädlichen und schädigenden Tendenzen des preussischen Finanzministers von dem unteren, schlecht bezahlten Personal der Reichsbetriebe abgewehrt wurden. Der Deutsche Postbote, das Organ der Postunterbeamten, hat recht, wenn er gegen die Herabdrückung der Reichsunterbeamten auf das Niveau der preussischen Unterbeamten protestiert und seinen Lesern den Kampf gegen das Vorherrschende Preußens in Deutschland auch in Hinblick auf dessen reaktionäre Volksvertretung, die an der schlechten Lage der preussischen Unterbeamten mit die Schuld trägt, zur Pflicht macht.

Im übrigen haben die Unterbeamten allerdings mehr Anlaß, auf den Reichstag zu bauen, als ihrer eigenen Behörde zu vertrauen. Gerade die letztere, die bei Gehaltserhöhungen und sonstigen Benefizien, wie z. B. jetzt wieder bei der Einstellung von je 900 Mk. Funktionszulage für zwei Poststräte — die Arbeitslast, Verantwortlichkeit, künmerliche Lebenshaltung und sonst noch tausend Gründe zu Gunsten der höheren Beamten ins Feld führt — dieselbe Behörde weist die aus der Reichstagsmitte zu Gunsten der unteren Kategorien vorgebrachten Gründe stets als unzutreffend zurück. So im Vorjahre, als die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung des Mindestgehaltes der Landbriefträger von 900 auf 1000 Mk. und des Anfangsgehaltes der Briefträger allgemein auf 900 Mk. zur Debatte standen; und genau so ist ihre diesjährige Haltung gegenüber den von unserer Seite wieder eingebrachten Anträgen, deren finanzieller Effekt winzig — die Regierungsvorleger selbst gaben ihn auf 1 1/2, Million Mk. an — genannt werden muß.

In dieser Haltung der Regierung mögen die unteren Beamten erkennen, welche Wertschätzung ihrer aufreibenden Thätigkeit im heutigen Staate beigegeben wird, und welches Schicksal der Petition der Unterbeamten, die für die Briefträger ein Gehalt von 1000—1800 Mk. — die Unterbeamten im Reichs-Postamt erhalten für ihren Spaziergängerdienst sogar 1200—1800 Mk. — und für die Landbriefträger ein solches von 800—1200 Mk. fordert, beschieden ist. Die Neuherung des neuen Staatssekretärs, des

Herrn v. Bobbelski, in der Budgetkommission vom 19. d. M., mit der er sich gegen die von unserer Seite beantragte Aufbesserung wandte, daß ein Landbriefträger mit 1000 Mk. Einkommen — er erreicht es frühestens nach 23—24jähriger Dienstzeit im Alter von 45 Jahren — eine „gute Heiratspartie“ sei, kennzeichnet die Stellungnahme des „neuen“ Herrn zu den Unterbeamtenfragen trefflich.

Nicht besser ist die Haltung der Verwaltung bei der Verteilung der à discrétion bewilligten Summen. Daß sie hier auf eine direkte Veißeitigung der unteren Beamtenklassen hinausläuft, haben wir bereits bei Besprechung der postamtlich verteilten Remunerationen und Unterstützungen in Nr. 210 des vorigen Jahrganges ausgeführt: Der Durchschnittsbetrag für jeden Bedachten sinkt von 1246 Mk. bei den Oberpostdirektoren auf 13 Mk. bei den mit 1.50—2.50 Mk. entlohnten Posthilfsboten, die oberen und gut bezahlten mittleren Stellen werden doppelt bis dreifach so häufig berücksichtigt, als die unteren.

Diese, das ganze System genügend charakterisierenden Gepflogenheiten beleuchtet der Deutsche Postbote neuerdings weiter durch eine Zusammenstellung derjenigen Zulagen, die dem Personal außer ihrem Gehalt gewährt werden. Auch hier zeigt sich derselbe Zug, wie bei den Gratifikationen: Die höheren, Funktions-, nicht pensionsfähige Zulagen, von 1500 Mk. bis herunter zu 450 Mk. — alles bleibt bei den „Höheren“ liegen; von der Liste der „Zulagen für die ältesten Beamten“ sind die Unterbeamten verschwunden — nur auf die Bureaubeamten erster Klasse, die im Reichspostamt und der Berliner Oberpostdirektion sitzen, und die Oberpostsekretäre als feste Kunden träufelt auch hier der Hönig herab — und wo sie endlich an außergewöhnlichen Zulagen teilnehmen — bei den Stellenzulagen, Titel 29 — da gehen sie mit Kopiquoten von 4 Mk., die Landbriefträger sogar nur mit solchen von 68 Pfg., die Postassistenten mit 3 Mk. zu Hause, während die Höheren, getreu ihrer „höheren“ und deshalb natürlich arbeitsreichen, verantwortlichen Stellung, mit den höchsten Sätzen, 141 Mk. durchschnittlich, bedacht, dankbar zur Sonne aufschauen, von wo aller Segen kommt.

Mit der Mißstimmung über derartige Verwaltungspraktiken verbindet sich eine tiefgehende Unzufriedenheit der unteren Schichten über die Fesselung ihres Geistes, über das gewaltsame Festhalten in ihrer Sphäre. Vahn freischallt es vieltausendstimmig aus ihren Reihen. Sowohl der Postassistenten- als auch der Unterbeamten-Klasse hat die Entwicklung der letzten Jahrzehnte eine Menge Intelligenz zugeführt, die das geistige Niveau dieser Klassen gegen

früher bedeutend gehoben hat. Während erstere nach oben gegen die Sekretärstellung drängt und jetzt endlich bei der Regierung das nötige Verständnis für Erweiterung ihrer Grenzen findet, strebt die letztere auf Öffnung der unteren Subalternbeamtenstellung für ihre befähigten Angehörigen. Statt aber diesem ganz gesunden Streben Rechnung zu tragen und die in diesen Kreisen vorhandene Intelligenz dem Wohl des Staates nutzbar zu machen, verfällt von Bobbelski hier in denselben Fehler, den sein Vorgänger v. Stephan zum Nachteil der Verwaltung bezüglich der Assistenten bis an sein Ende festhielt.

Wir wiesen vor ungefähr zwei Jahren bereits darauf hin, wie durch die Besetzung der kleineren Postämter dritter Klasse und der Postagenturen mit älteren und befähigten Unterbeamten diesen ein erstrebenswertes Ziel gesetzt werden könnte; daß außerdem im Dienstbetrieb in den größeren Städten eine solche Arbeitsteilung stattgefunden hätte, daß auch hier mit Vorteil Unterbeamte zu verwenden seien und daß durchaus kein Grund ersichtlich sei, die befähigten Unterbeamten vom Subalternbeamten-Examen fernzuhalten. All diese Perspektiven, die man jetzt in fast jeder Nummer des Deutschen Postboten ausgesprochen findet, sind jedoch nicht nach dem Geschnack v. Bobbelskis. Sein Sinn liegt nach den Damen. Damen am Schalter, Damen auf den Postagenturen, Damen im inneren und äußeren Betrieb. Denn weibliches Personal arbeitet ja billiger.

Wenn Herr v. Bobbelski erst durch die harten Thatsachen gezwungen werden will, die Forderungen der Unterbeamten anzuerkennen — uns soll es recht sein. Aber eine so sanfte Sprache werden diese nicht mit ihm reden, wie die Postassistenten es gethan haben. Hier liegt eben noch alles in argen: Eine völlig ungenügende Sonntagsruhe; ein Erholungsurlaub, der sich nur auf wenige Städte erstreckt und auch hier seinen Namen nicht verdient; ein Dienst, dessen zeitliche Begrenzung sich weit entfernt von der Arbeitsdauer organisierter Arbeiter; eine Behandlung, wie sie nur in Ostelbien der Agrarier seinem Personal angedeihen lassen darf u. s. w. — das alles vereint sich, um die von Herrn v. Stephan unter die Erde gebrachte Saat reifen zu lassen.

Die Herabsetzung der Postanweisungsgelöhnen für kleine Beträge soll nächsten schon geschehen; die Reform des Zeitungstarifes verspricht Herr v. Bobbelski für nächstes Jahr; die Herabsetzung der Telegraphengebühren weist er wegen der geringen Verzinsung der Fernsprechanlagen — 4 Prozent — von der Hand; und um die Erhöhung der Gewichtsgrenze für den einfachen Brief von 15 auf 20 Gramm, die Ermäßigung des Berliner

## Scuilleton.

Manuskript besorgen.

### Zwei Brüder.

Von Guy de Maupassant.

Unvollständige Uebersetzung aus dem Französischen von Emmy Becker.

Unterwegs stellte er einige Betrachtungen darüber an, welche Kleinigkeiten oft die Veranlassung unserer folgenreichsten Entscheidungen werden.

Seit drei Wochen hätte er diesen Entschluß fassen können, fassen sollen, zu dem ihn nun die Erbschaft seines Bruders so plötzlich angetrieben.

Vor allen Häusern, wo die aufgehängte Tafel: Zu vermieten eine „schöne“ oder eine „elegante“ Wohnung verhielt, blieb er stehen, nicht als solche bezeichnete Behausungen würdigte er überhaupt seiner Beachtung nicht. Sah er sich dann die Sache an, so geschah es mit äußerster Vornehmer Miene; er nahm wesentlich von der Stockhöhe Notiz, skizzierte den Grundriß des Hauses samt Verbindungsthüren, Ausgängen u. s. w. mit wenig Strichen in sein Taschenbuch, und ließ einfließen, daß er Arzt sei, eine bedeutende Praxis habe, und daher auf ein schönes, gutgehaltenes Treppenhaus Wert legen müsse, auch könne er selbstverständlich nur einen ersten Stock brauchen.

Nachdem er sich sieben bis acht Adressen aufgeschrieben und ein paar Hundert Bemerkungen dazu geklopelt hatte, ging er nach Hause, wo er mit einer Viertelstunde Verzögerung beim Frühstück anlangte.

Schon im Vorzimmer hörte er Tellergeräusche; man hatte ihn angefangen. Weshalb denn? Man

pflegte doch sonst nicht so übertrieben pünktlich zu sein. Es berührte ihn unangenehm, verstimmt ihn, denn er war nun einmal etwas empfindlicher Natur.

Als er eintrat, rief der Vater: „Vorwärts, Peter, vorwärts, mach, daß Du zu Tisch kommst! Du weißt doch, daß wir um zwei Uhr beim Notar sein müssen; heute ist wahrhaftig nicht der Tag, die Zeit zu vertreiben.“

Nachdem er die Mitter geküßt und Vater und Bruder die Hand gereicht hatte, setzte sich der Doktor, ohne ein Wort zu sprechen.

Er griff nach der tiefen Platte, die in der Mitte stand und nahm die für ihn übrig gelassene Kotelette; sie war kalt und trocken; jedenfalls hatte man ihn die schlechteste übrig gelassen.

Wenigstens hätte man sie bis zu seinem Erscheinen auf dem Feuer lassen können, dachte er im stillen; so wichtig war die Sache beim Notar denn doch nicht, daß man den Kopf zu verkleinern und den andern, den ältern Sohn darüber zu vergessen brauchte.

Das Gespräch, welches sein Eintritt unterbrochen wurde, indes von den anderen wieder aufgenommen.

„Ich weiß, was ich an Deiner Stelle, und zwar sogleich thun würde,“ sagte Frau Roland zu Hans. „Ich würde mich glänzend einrichten, so daß es den Leuten ein bißchen in die Augen sticht, würde in Gesellschaft gehen, reiten und mir dann ein paar interessante Fälle anschauen, um gleich mit dem ersten Plaidoyer im Justizpalast festen Fuß zu fassen und Aufsehen zu machen. Es müßte heißen: Schade, daß er seinen Beruf nur so als Liebhaberei betreibt — dadurch wärest Du nur um so gesuchter. Golt sei Dank hast Du es jetzt nicht mehr nötig, und wenn Du überhaupt als Advokat auftrittst, geschieht es ja doch nur, damit Du Deinen

Studienleiß nicht unnütz aufgewendet und weil ein Mann nicht ohne Beschäftigung sein soll.“

Vater Roland, der sich eben eine Birne schälte, teilte ihm seine Auffassung in Bezug auf des Sohnes Zukunft mit.

„Meiner Seel,“ sagte er, „wenn ich an Deiner Stelle wäre, kauf' ich mir ein hübsches Boot, etwa einen Kutter, nach dem Muster unserer Lotsenschiffe. Mit dem würde ich bis nach dem Senegal fahren — so würde ich's machen.“

Nun gab auch Peter seine Ansicht preis. Im ganzen bestimmte ja nicht der Besitz den geistigen und sittlichen Wert des Mannes; derselbe war für mittelwichtige Naturen sogar eher eine Ursache der Erniedrigung, in der Hand des Starken freilich ein mächtiger Hebel, nur waren diese Starken nicht allzu häufig.

Wenn Hans wirklich ein Mensch war, der über den Durchschnitt hinausragte, so konnte er es jetzt zeigen, jetzt, wo das Bedürfnis des Erwerbes für ihn wegfiel und ihn nicht mehr zur Arbeit trieb.

Aber arbeiten mußte er, hundertfach mehr arbeiten, als er es unter anderen Verhältnissen gethan haben würde. Es handelte sich ja jetzt nicht mehr darum, für oder gegen Witwen und Waisen Prozesse zu führen und ein Stück Geld in die Tasche zu stecken, sondern es galt, ein bedeutender, berühmter Jurist, eine Autorität in seinem Fach zu werden. „Wenn ich Geld hätte, wie wollte ich interessante Sectionen machen!“ setzte er als Schluß hinzu.

Vater Roland zuckte die Achseln und meinte: „Varrari! Das Vernünftige im Leben ist, sich's wohl sein lassen! Wir sind keine Vastiere, sondern Menschen. Ist einer arm geboren, so muß er arbeiten, da ist nichts zu machen, man behält die Bahne zusammen und arbeitet; hat man aber seine Menschen, na sopperlot! da müßte einer doch ein Schafskäse



Stadtbrieffortos und sonstige kleinere Reformen durchzuführen, verlangt er erst die Hilfe des Reichstages zur Beseitigung der Konkurrenz der Privatposten in den größeren Städten. Die Ausdehnung des Postzwannges auch auf verschlossene Briefe innerhalb der Orte mit einer Postanstalt, ist bei ihm beschlossene Sache.

Wenn sich somit der Kreis schließt und die Post den letzten Rest dieses Verkehrsnetzes in ihrer Hand vereinigen sollte, so kann dies nicht geschehen ohne gewisse Kautelen.

Erstens wäre dem Zustande ein Ende zu machen, daß die Postverwaltung sich für verpflichtet hält, auf Grund des Art. 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit dem preussischen Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (§ 4) — wonach während des Belagerungszustandes die Civilverwaltungsbehörden den Anordnungen der Militär-befehlshaber Folge zu leisten haben — Postsendungen an die Militärbehörde auszuliefern (siehe Dambach, Postgesetz, § 5, Nr. 10).

Zweitens gestattet im Falle der Verletzung des Briefgeheimnisses der § 354 des N.-Str.-G.-B. eine kriminelle Bestrafung des schuldigen Beamten nur dann, wenn eine unbefugte Eröffnung oder Unterdrückung eines Briefes oder Paketes stattgefunden hat; in allen sonstigen Fällen kann die Verletzung des Briefgeheimnisses nur disciplinär geahndet werden. Da ein „Verweis“ schon eine disciplinäre Strafe ist, so hat die Behörde einen sehr weiten Spielraum. Hier muß deshalb unbedingt eine ebensolche Verschärfung und Erweiterung Platz greifen, wie sie § 355 des N.-Str.-G.-B. für die Verletzung des Telegraphengeheimnisses giebt: „Die rechtswidrige Benachrichtigung eines Dritten von dem Inhalt, einschließlich Adresse, oder die Gestattung einer solchen Handlung einem Dritten zieht ebenfalls eine kriminelle Strafe nach sich.“

Dadurch würde ähnlichen Vorfällen vorgebeugt, wie sie unter dem Sozialistengesetz nur zu häufig waren.

### Politische Uebersicht.

#### Neue Fortschritte der Achtstunden-Bewegung in England.

L. s. Man kann den Aufsatz, den John Mac, der Verfasser des rühmlich bekannten Buches über den Achtstundentag in Branns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, unter diesem Titel soeben veröffentlicht, nicht ohne eine gewisse schmerzliche Empfindung lesen.

Als J. Mac seinen Aufsatz schrieb, war die große Schlacht um den Achtstundentag, die drüben gekämpft wurde, noch nicht entschieden. Daß aber eine verlorene Schlacht in den sozialen Kämpfen der Gegenwart noch lange keinen verlorenen Krieg bedeutet, dafür geben uns die Thatsachen, die uns Mac in seiner Arbeit vor Augen führt, die tröstliche Versicherung. In kurzem Abriß giebt uns der Verfasser eine Geschichte der Achtstunden-Bewegung in England im Laufe der letzten zehn Jahre. Er zeigt, wie sich nicht nur die Arbeiter in diesem Zeitraum auf den Gewerkschaftskongressen zum gesetzlichen Achtstundentag belehrten, sondern auch in Parlamente zum mindesten die theoretische Klarheit über diese Frage Fortschritte machte, wie die Regierung in staatlichen Werkstätten die achtstündige Arbeitszeit erfolgreich einführt, wie schließlich zahlreiche Privat-unternehmer, bald freiwillig, bald gezwungen, die Forderung der Arbeiter erfüllen.

Wenn Mac als objektiver Forscher uns auch mit jenen Fällen bekannt macht, in denen diese Versuche die Produktionsfähigkeit einzelner Werkstätten schmälerte, so tritt doch im allgemeinen das bekannte Resultat zutage: für den Unternehmer gleich hohe Produktion wie bei der bisherigen längeren Arbeitszeit, oder ein geringfügiger, der Zeitreduktion bei weitem nicht entsprechender Rückgang, Erparnisse an Verlethung, Abnutzung u. c.; für den Arbeiter gleichen oder um ein geringes verminderten Lohn, erhöhte Gesundheit, Arbeitsfreude und Sittlichkeit. Unter den Gewerben, in denen sich der Achtstundentag in diesem Sinne erprobt hat, führt Mac folgende an: Vergleute, Maschinenbauer, Gasarbeiter, Weißbleichschmiede, Kupferschmiede, Marmorarbeiter, Wollweber, Möbelkischer, chemische Fabriken, Seilspinner, Drucker, Buchbinder, Bäcker, Stahlwerke, Kürschner, Tabakfabriken, Ruder, Konfektionsarbeiter, Maurer, Niegel- und Schraubenmacher, Silberarbeiter, Holzschneider, Goldschmiedarbeiter, Hutmacher, Wandarbeiter,

Müller, Töpfer, Schuster, Lederarbeiter, Konfervenfabriken, Schriftgießer, Pferdebahn-Angestellte. Das sind also 32 der wichtigsten Gewerbe.

Ueber die Zahl der Arbeiter, die in Wirklichkeit den Achtstundentag errungen haben, erhalten wir keine so bündige Auskunft. Nach der Statistik des Handelsamtes erhielten in den letzten fünf Jahren 77327 Arbeiter den Achtstundentag. Zählt man die Arbeiter, die schon von früherer Zeit dieselbe Arbeitszeit haben, sowie die Arbeiter mit 48-Stundenwoche hinzu, so erhält man sicher eine stattliche Zahl in die Hunderttausende reichende Zahl. Ueber das Experimentierstadium ist also der Achtstundentag in England lange hinaus, die Frage ist — für die wichtigsten Industrien zum mindesten — theoretisch und praktisch geklärt. Auf der einen Seite eine bloß eingelebte oder nur geringfügige Schwächung des Unternehmerprofits, auf der anderen Hebung der Gesundheit und der Lebenshaltung der breitesten Massen. Daß dieser Kampf in den schärfsten Formen des Klassenkampfes gekämpft werden muß, das dürften die englischen Arbeiter aus den Ereignissen der letzten Zeit gelernt haben.

### Deutsches Reich.

#### Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 1. Februar. Der Reichstag erlebte heute den Justizetat. Staatssekretär Nieberding war der erste der vier Minister, dem die geforderte Gehalts-erhöhung von 6000 Mk. gestrichen wurde. Er wird sich in diesem Jahre mit 24 000 Mk. begnügen müssen, wenn nicht die Regierung sich noch in letzter Stunde entschließt, die vom Reichstage längst geforderte Erhöhung der Bezüge der Landbriefträger einzutreten zu lassen. Das Centrum hat diese Bedingung gestellt und sie die Nichterhöhung des Ministergehälts heute unter Zustimmung aller Parteien mit Ausnahme der beiden konservativen Gruppen durch, die natürlich weit davon entfernt sind, einen Druck auf die Regierung ausüben zu wollen.

Die Beratung des Justizetats verlief im allgemeinen still. Es wurden nur wieder einige der bekannten Wünsche geäußert, für die die Regierung bisher und wohl auch für die nächste Zukunft ein taubes Ohr hat. So erklärte Herr Nieberding eine Revision des Preßgesetzes, die Genosse Herbert verlangt hatte, für nicht so dringend, und die Reform des Irrenwesens, die Abg. Lenzmann forderte, wird auch noch gute Weile haben. Dem hierüber schweig sich der Minister ganz aus.

Natürlich wurde beständig auf die gestrige Debatte über den Strafvollzug zurückgegriffen, die Auer angeregt hatte. Der unbegabte Herr v. Stumm trat wieder als Vorkredner mittelalterlicher Brutalität auf. Nicht eine Wälderung, sondern eine Verschärfung des Strafvollzuges forderte er, und in welcher Richtung diese erfolgen soll, ließ er nicht zweifelhaft. Alle Majestätsbeleidiger sind ihm geborene Verbrecher, die Gefängnisse haben nach ihm die Aufgabe, die Gefundheit ihrer Insassen zu schädigen, und sein Ideal ist die Wiedereinführung der Prügelstrafe.

Als Gegner dieser barbarischen Anschauungen trat besonders Warth von der Freisinnigen Vereinigung auf; aber auch Herr Lieber wies mit einigen kurzen Worten diese Stummischen Zukunftsträume zurück. Genosse Auer nahm sich heute den sächsischen Bundesbevollmächtigten, den Generalstaatsanwalt Küger vor und zersägte dessen gestrige Rede.

Unter schallender Heiterkeit des Hauses kritisierte er den Standpunkt, den Herr Küger zur Verteidigung der Fesselung des Redaktors Schulte eingenommen hatte.

Morgen fällt die Sitzung des katholischen Feiertags wegen aus. Am Donnerstag wird mit der Beratung des Postetats begonnen werden.

#### Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 1. Februar. Heute wurde der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung zu Ende beraten. Aus der im übrigen belanglosen Debatte ist nur die Erklärung des Landwirtschaftsministers in Bezug auf die Hochwasserkatastrophen bemerkenswert. Frhr. v. Hammerstein erklärte, daß dem Hause zwei Vorlagen zugehen werden, eine wegen Beseitigung der vorhandenen Mängel und eine zweite, um gegen die Wiederkehr solcher Schäden präventiv vorzugehen. Die letztere Vorlage muß jedoch, bevor sie an das Abgeordnetenhaus gelangt, erst von den Provinziallandtagen Schlesiens und Brandenburgs beraten und dann vom Staatsministerium genehmigt werden, worüber wohl noch ziemlich ein Monat vergehen dürfte. Von ihrem langsamen Tempo in der Förderung von Kulturaufgaben läßt sich die preussische Regierung nicht

einmal angeht die neuen verheerenden Katastrophen abbringen, und das Abgeordnetenhaus vermag nicht, sich zu einem energischen Protest dagegen aufzurufen.

Hierauf trat das Haus in die Beratung des Etats der Geschäftsverwaltung, in Verbindung mit welchem die Denkschrift über die Ausgestaltung des staatlichen Hauptgehalts in Trakehnen zur Debatte stand. Uns interessieren aus dieser Denkschrift nur die Mitteilungen über die Arbeiterwohnungen, die nach dem Jugeständnis der Regierung durchaus unzulänglich sind. Wie schlecht die Wohnungen sein müssen, das beweist die Äußerung des Abg. Frhr. v. Dobeneck (kons.), der sich persönlich von den dortigen Verhältnissen überzeugt hat und zu der Ansicht gelangt ist, er hätte nicht geglaubt, daß in irgend einer Staats- oder Privatverwaltung Arbeiter so erbärmlich untergebracht sein könnten, wie in Trakehnen. Unzweifelhaft liegt in diesen traurigen Zuständen auch mit ein Grund für den Abzug der Arbeiter in die westlichen Gegenden, worüber die Regierung in der Denkschrift Klage führt.

Am Dienstag wird die Etatsberatung fortgesetzt.

#### Des Kaisers Dank.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht an leitender Stelle folgenden Erlaß:

Mit herzlichster Freude habe ich es auch bei der diesjährigen Wiederkehr meines Geburtstages erfahren dürfen, wie festlich dieser Tag im ganzen Reiche und weit über seine Grenzen hinaus begangen ist und welche treuen Wünsche und Fürbitten mich in das neue Lebensjahr geleitet haben. Eine große Anzahl von schriftlichen und telegraphischen Kundgebungen gab mir ein bereites Zeugnis davon, daß das Volk, welches mich mit dem deutschen Volke verbindet, auf treuer Anhänglichkeit und zuverlässigem Vertrauen gegründet ist.

Ich habe aus den begeisterten Ausdrücken aber auch mit Befriedigung ersehen, welche freudigen Wiederhall die jüngsten Erfolge unserer Bemühungen, den deutschen Interessen auch im Auslande einen ausreichenden Schutz und eine gesunde Weiterentwicklung zu sichern, in den Herzen aller Patrioten, besonders auch bei den fern vom Vaterlande lebenden Deutschen gefunden haben.

Mein Stimm und Denken wird im Hinblick zu Gott, dem Herrn, auch ferner darauf gerichtet sein, die Sicherheit und die Wohlfahrt des Reiches zu fördern und zu heben. Von dem Wunsche befeelt, allen, welche mich an meinem Geburtstage durch freundliche Wünsche und sonstige Aufmerksamkeit erweckt haben, meinen wärmsten Dank zu erkennen zu geben, ersuche ich Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Berlin, Schloß, den 31. Januar 1898.

Wilhelm, I. R.

#### Am den Reichskanzler.

#### Die Dampfer-Subventionvorlage.

Dem Reichstage ist die Dampfer-Subventionvorlage von neuem in folgender Form zugegangen:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, dem Unternehmer der auf Grund der Gesetze vom 6. April 1885, 27. Juni 1887 und 20. März 1898 eingerichteten Postdampfschiffverbindungen mit Ostasien und Australien für eine Erweiterung des ostasiatischen Postdampferdienstes durch Einrichtung einer vierzehntägigen Verbindung mit China eine Erhöhung der bisher vertragsmäßig aus Reichsmitteln zu zahlenden Beiträge um jährlich 1 600 000 Mk. zu bewilligen und gleichzeitig die Unterhaltung des erweiterten Gesamtunternehmens unter Gewährung der so erhöhten Beiträge auf eine Dauer bis zu 15 Jahren zu übertragen.

§ 2. Die Fahrgeschwindigkeit auf der sinesisch-japanischen Linie muß im Durchschnitt mindestens betragen: a) zwischen denjenigen europäischen Anlaufhäfen, in welchen die Aufnahme oder Ablieferung der Post erfolgt, einerseits und dem jeweiligen ostasiatischen Endhafen der Hauptlinie andererseits für ältere Schiffe 18 Knoten, für neu zu erbauende Schiffe 14 Knoten; b) auf der Zweiglinie 12,8 Knoten.

§ 3. Der Unternehmer ist zu verpflichten, auf Verlangen des Reichskanzlers innerhalb der Vertragsdauer auf der sinesisch-japanischen und der australischen Hauptlinie für neu zu erbauende Schiffe eine Erhöhung der vertragsmäßigen Fahrgeschwindigkeit einzutreten zu lassen, soweit auf einer ausländischen Konkurrenzslinie eine Steigerung der vertragsmäßigen Fahrgeschwindigkeit erfolgt. Diese Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit hat ohne besondere Gegenleistung des Reiches zu erfolgen, soweit der Unternehmer der ausländischen Postlinie die für seine Dampfer vorgeschriebene Fahrgeschwindigkeit ohne Erhöhung der vertragsmäßigen Gegenleistung stößt.

#### Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen den Vauernbinder Schmidt in Stranbing (Niederbayern) wurde auf Grund einer Rede über die Flottenvorlage das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet.

Am 28. Januar wurde der Bildhauer Max Wolter in

sein, wenn er sich abplagen wollte und sich die Laune verberben.“

Sehr von oben herab bemerkte Peter: „Unsere Lebensanschauungen sind freilich grundverschieden. Ich schätze Wissen und Können; alles andere ist mir verächtlich!“

Frau Roland, deren Lebensaufgabe es war, täglich die heftigen Zusammenstöße zwischen Vater und Sohn zu mildern und denselben vorzubringen, suchte sofort das Gespräch auf ein anderes Gebiet zu lenken und erwähnte eines Mordes, der in der verfloffenen Woche in Volbec-Mointot verübt worden war.

Als bald entspann sich ein eifriges Hin und Wider über die Einzelheiten des Falles und der Gegenstand fesselte alle durch den geheimnisvollen Reiz, den das Verbrechen, selbst wenn er niedriger, schamloser und widerlicher Art ist, auf den Menschen ausübt, indem es Neugierde erweckt und die Einbildungskraft beschäftigt.

Von Zeit zu Zeit zog Herr Roland seine Uhr heraus. „Nicht zu lang schwagen,“ sagte er, „wir müssen uns auf den Weg machen.“

„Es ist noch nicht einmal ein Uhr,“ bemerkte Peter mit spöttischem Aufschauen. „Wahrhaftig, man hätte mir's ersparen können, meine Kotelette kalt zu essen.“

„Kommt Du mit zum Notar?“ fragte die Mutter.

„Ja? Nein, wozu denn?“ erwiderte er trocken. „Meine Gegenwart wäre höchst überflüssig.“

Hans verhielt sich schweigend, als ob ihn alles dies nicht berührte.

Er hatte, als von dem Mord in Volbec die Rede gewesen, seine Ansicht als Jurist kundgegeben und einige Bemerkungen über Verbrechen und Verbrecher daran geknüpft, dann war er wieder in Schweigen versunken, aber sein leuchtendes Auge, das erhöhte Rot seiner Wangen, ja

sogar der glänzende Bart verrieten, wie frohlich ihm ums Herz war.

Nachdem die Familie ihren Gang angetreten, nahm Peter, der nun abermals allein war, die Wanderung nach den zu vermietenden Wohnungen vom neuen auf. Nachdem er zwei bis drei Stunden treppauf und treppab gestiegen war, entdeckte er endlich auf dem Boulevard Franz I. etwas Süßliches, ein großes Zwischengeschoss mit Ausgängen nach zwei verschiedenen Straßen, zwei Salons, einer mit Glasfenstern versehenen Galerie, in welcher die Kranken zwischen blühenden Pflanzen auf und ab gehen konnten, bis die Reihe an sie kam, und einem ganz entzückenden runden Speisezimmer mit Aussicht nach dem Meer.

Schon stand er im Begriff, den Mietvertrag abzuschließen, als der Preis von dreitausend Franken ihm Bedenken erregte; das erste Quartal mußte vorausbezahlt werden, und er hatte keinen Heller.

Das kleine Vermögen, welches der Vater zurückgelassen, gab einen jährlichen Zinsbetrag von kaum achtausend Franken, und Peter mußte sich den Vorwurf machen, die Eltern durch sein lauges Schwanken in der Wahl eines Berufes, seine verschiedenen, schnell wieder aufgegebenen Versuche und den dadurch bedingten Neubeginn anderer Studien in große Verlegenheit gebracht zu haben.

Er sagte dem Hauswirt, daß er in zwei Tagen Antwort senden werde, und ging; unterwegs kam ihm der Gedanke, seinen Bruder, sobald derselbe im Besitz der Erbschaft sein würde, um die Miete für das erste Viertel, oder besser Halbjahr, also um fünfzehnhundert Franken anzugehen.

„Es handelt sich ja nur um ein Darlehen für ein paar Monate,“ dachte er. „Vielleicht, daß ich ihm schon vor Ablauf dieses Jahres die ganze Summe vollständig heim-

zahlen kann. Eigentlich versteht sich das von selbst, und er wird sich freuen, mir das zuliebe thun zu können.“

Da es noch nicht fünf Uhr war, und er nichts, gar nichts zu thun hatte, setzte er sich auf eine Bank in den öffentlichen Anlagen und blieb dort, ohne zu denken, die Augen auf den Boden geheftet, von einer Mattigkeit befallen, die ordentlich schmerzhaft war, lange Zeit auf demselben Fleck sitzen.

Seit seiner Rückkehr in das Elternhaus hatte er Tag um Tag auf die nämliche Weise verbracht, ohne daß ihm die Leere dieses Daseins, der gänzliche Mangel an Thätigkeit je so peinlich zum Bewußtsein gekommen wären. Was hatte er denn nur angefangen vom frühen Morgen bis zum späten Abend?

Zur Flutzeit war er den Damm entlang gebummelt, dann in den Straßen umhergebummelt, in ein Café hineingeklettert, zu Marowsto hinaufgeschlendert, das war sein Tagewerk gewesen. Und nun mit einem Schlag war ihm dies Leben, das er so lang geführt, verhaßt und unerträglich. Wenn er Geld gehabt hätte, so würde er einen Wagen genommen und eine lange Spazierfahrt aufs Land hinaus gemacht haben, an den mit Buchen und Ulmen bepflanzten Auffanggräben der Bauerngüter entlang; allein er mußte ja die Ausgabe für ein Glas Bier oder eine Briefmarke ängstlich erwägen, er durfte sich keine derartigen Einfälle gestatten. Müßig empfand er, wie hart es ist, mit dreißig Jahren noch auf das Zwanzig-Frankenstück angewiesen zu sein, das man sich beschämt und erröthend gelegentlich von der Mutter erbittet, und heftig mit seinem Stock im Sand umherkragend, sagte er vor sich hin: „Teufel! Wenn ich Geld hätte!“

(Fortsetzung folgt.)



Schwibus verhaftet, der der Kaisers-Geburtstagsfeier im Schützenhause betwohnte und bei Ausbringung des Hochs sitzen blieb; er soll sich dadurch einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben.

Das gegen den Schreiber Eduard Krüger wegen Majestätsbeleidigung eingeleitete Verfahren wurde vom Berliner Landgericht auf Antrag des Staatsanwalts eingestellt, da der Angeklagte nach einem ärztlichen Gutachten erblindet, betäubt und Alkoholiker sei, an Größenwahn und Schwachsinnigkeit leide.

W. Deuthen (Oberschlesien), 1. Februar. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Arbeiter Paul Orzonowicz aus Königs- hütte zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand hinter geschlossenen Thüren statt. Die Strafthat rührt aus der Zeit des Kaiserbesuches her.

g. Mühlberg, 1. Februar. Wegen Majestätsbeleidigung wurde hier ein aus Sachsen gebürtiger Arbeiter verhaftet. Er soll sich in einer Wirtshaus über die letzten öffentlichen Ausrufungen Kaiser Wilhelms II. schauf ausgelassen haben.

Chinesisches.

Die Unterstellung der Kiautschau-Wucht unter das Reichsmarineamt

Ist, wie dem Hamb. Korv. aus Berlin geschrieben wird, nur eine provisorische Maßregel, in späterer Zeit wird das Gebiet unzweifelhaft der Kolonialabteilung zugewiesen werden. Mit der Ueberweisung des Pachtgebietes an die Marine sei indessen das Auswärtige Amt noch nicht ganz von der Thätigkeit befreit; ihm verbleiben noch alle Arbeiten, die mit der Errichtung eines Handelshafens zusammenhängen, wie die Bildung von Gesellschaften für Hafenbauten, Eisenbahnen, Kohlenförderung etc. Die nächste Aufgabe des Reichsmarineamts werde nun sein, für das Pachtgebiet, das die beiden Landungen am Eingange zur Bucht und einen etwa 1 Kilometer breiten Streifen Landes um die ganze Bucht herum nebst den vor der Küste und in der Bucht liegenden Inseln einschließt, drücker genau unter Hinzuziehung chinesischer Beamten abzugrenzen, da in dem Vertrage die Grenze nur allgemein geographisch bezeichnet ist. Ferner müßten mit den zahlreichen kleinen Grundbesitzern auf den Halbinseln am Eingange der Bucht Pacht- oder Kaufverträge abgeschlossen werden, eine höchst mühsame und zeitraubende Arbeit. Bevor sie nicht abgeschlossen sei, könnten die Befestigungsarbeiten nicht in Angriff genommen werden.

Neue deutsche Forderungen.

Einer Berliner Reuter-Depesche zufolge verlangte die deutsche Regierung als Sühne für die Ermordung des Matrosen Schulze weitere Konzessionen für Eisenbahnen in der Provinz Schantung.

So kommt eine "Sühne" nach der anderen. Erst die Missionare, dann der Matrose!

Die Befestigung der Mandchurie.

Aus Shanghai wird gemeldet, daß mehrere Tausend Mann russische Truppen, die die Vermessungen für die sibirische Bahn überwachen, mit Genehmigung der chinesischen Regierung in die Mandchurie eingerückt sind.

Der englische Kronanwalt.

Bentley (Insel Wight), 1. Februar. Der Attorney-General (Generalfiskal, Kronanwalt) Webster hielt heute vor seinen Wählern eine Rede, in der er ausführte: Die Regierung sei entschlossen, daß die Privilegien, deren sich England in China erfreue, weiter erhalten werden sollten, und England in eine mindestens ebenso günstige Stellung als andere Nationen gebracht werden sollte. Diese Anschauung würde die Regierung, wenn nötig, durch einen Krieg zur Geltung bringen. Dies sei kein Prahlwerk, sondern die Folge des mutigen Entschlusses, den vorhandenen Besitz festzuhalten. Selbst wenn England um dieser Sache willen zu kämpfen hätte und verliere, würde ihm ein schneller, rühmlicher Tod beschieden sein, anstatt des langsameu Hinsterbens, das der Verlust des Handels bedeuten würde.

Einzig?

London, 2. Februar. In Regierungskreisen wird bestätigt, daß sich Rußland und England sowohl über alle ostasiatischen, wie über die orientalische Frage verständigt hätten.

\* Berlin, 2. Februar. Die amtliche Berliner Korrespondenz schreibt:

Die durch die Presse laufenden Mitteilungen über einen angeblichen Zweikampf zwischen dem Oberpräsidenten Grafen Bismarck und dem Geh. Oberregierungsrat Dr. Maubach, sowie über dessen Gründe beruhen in allen ihren Teilen auf Erfindung.

Dieselbe Korrespondenz läßt sich wie folgt vernehmen: "Die Ueberwindung von Liquidationen an die Gemeinden im Uebersehwemmungsgebiet seitens derjenigen Truppenteile, die Kommandos zu Aufräumungsarbeiten entsandt haben, ist in jüngster Zeit mehrfach in der Presse angeklagt der Vorklage der Gemeinden getadelt worden und auch im preussischen Abgeordnetenhaus zum Gegenstand eines Antrages gemacht worden. Demgegenüber ist zu berücksichtigen, daß die Aufstellung der Liquidationen zunächst als ein rein formeller Akt anzusehen ist, der den seit einer Reihe von Jahren für die Befestigung militärischer Kommandos zur Hilfeleistung bei Wassernot in Anwendung befindlichen Grundsatzen entspricht. Danach liegt, da dem Militärismus besondere Mittel dafür nicht zur Verfügung stehen, den Civilbehörden, auf deren Ansuchen militärische Hilfskommandos bei eintretender Wassernot außerhalb der Garnison gestellt werden, die Zahlung der im Vergleich zur Garnisonverpflegung entstehenden, im einzelnen genau normierten Mehraufwendungen sowie etwaiger besonderer Nebenkosten ob. Die entsprechenden Liquidationen sind demnach in den hier in Betracht kommenden Fällen den requirierenden Gemeinden von den einzelnen Truppenteilen ordnungsgemäß zugestellt worden. Es darf indessen als sicher angesehen werden, daß in den Fällen, wo die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zur Uebernahme der durch die Requisitionen militärischer Hilfe verursachten Kosten nicht ausreicht, die zur Befestigung der Hochwasserschäden zu bewilligenden Mittel auch zur Deckung dieser Kosten werden herangezogen werden." Wirklich!

Der Deutsche Landwirtschaftsrat tritt am 7. Februar in Berlin zu seiner 26. Plenarversammlung zusammen. Für die Beratungen, die bis zum 12. Februar dauern, ist u. a. folgendes auf die Tagesordnung gestellt: Welches System der Handelsverträge ist im landwirtschaftlichen Interesse zu befürworten? Referenten: Graf v. Kanitz-Bodungen und Präsidenten Klein-Wertheim. Aufgaben der landwirtschaftlichen Interessent-

vertretungen bei den Vorbereitungen zu den Handelsverträgen. Die Tarifierung land- und forstwirtschaftlicher Produkte auf Eisenbahnen und Wasserstraßen im Deutschen Reich mit besonderer Rücksicht auf die Einfuhr ausländischer Produkte. Neue Erfahrungen bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Bedeutung und Organisation des genossenschaftlichen Getreideabfuges.

Wie das Berl. Tagebl. erfährt, werden auf der Brüsseler Zuckerkonferenz Deutschland, Oesterreich, Belgien und Holland die vollständige Abschaffung der Zuckerprämien beantragen. Frankreich scheint der Abschaffung nicht geneigt zu sein, während Englands Haltung noch unbestimmt ist.

Der Chefredakteur des Kladderadatsch, Johannes Trojan, hat gegen das über ihn gefällte Urteil von 2 Monaten Festung wegen Majestätsbeleidigung Revision eingelegt.

Wie die Frankf. Ztg. meldet, überbrachte der deutsche Kaiser bei dem Besuche, den er kürzlich dem französischen Votschafter in Berlin machte, diesem eine der von ihm gezeichneten Flotten-Tabellen mit eigenhändiger Widmung.

Nach Warschauer Blättern werden die in Berlin studierenden Polen russischer Herkunft polizeilich aufgefordert, sich über ihre Studienmittel auszuweisen. Sind diese ungenügend, so erfolgt Ausweisung. Man ist mit "Väterchen" gut Freund.

41 ordentliche Professoren (darunter Delbrück, Gierke, Gornow, Mommsen, Paulsen, Plank, Erich Schmidt, Wagner, Warburg, v. Bergmann, Kiepert, Kirchhoff, Kofan, Benz) der Berliner Universität eruchen in einer Petition an das Abgeordnetenhaus um Ablehnung der Privatdozentenvorlage. Herr Schmolzer, der Rektor, fehlt!

Aus Hamburg meldet die Bostische Ztg. vom 1. d. M.: Der Senat erließ gestern ein Verbot der Einfuhr frischen Obstes aus Amerika, änderte diese Maßregel aber heute dahin, daß die Wiedereinfuhr nach England auf dem Seewege gestattet wird, dagegen soll der Verkauf und Einfuhrung in Deutschland untersagt bleiben! Eine kleine Gefälligkeit gegen die Agrarier!!!

Der Post wird aus Haiti gemeldet, daß man in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar verjagt hat, die Privatwohnung des deutschen Gesandten Grafen Schwerin in Brand zu stecken.

Eine Konferenz zur Regelung des Milchhandels großer Städte wird Ende Februar in Berlin im Landwirtschaftsministerium zusammentreten.

Koloniales. Ueber neue Urnruhen in Südwestafrika sind dem Berl. Volksbl. Nachrichten zugegangen auf Grund eines vom 31. Dezember datierten Briefes. Danach soll es in Swatopundm und tranzig aussehen. "Malaria und Dysenterie fordern furchtbar viele Opfer, noch liegt eine Menge Leute krank. Dazu kommt Krieg. Zuerst brach der Aufbruch im südlichen Teile des Schutgebietes aus. Die Aufschmäner hatten den Adjutanten Hendrik Witbois und einen Offizier der Schutztruppe erschossen. Nach mehreren Gefechten ist der Aufstand im Süden jetzt endlich unterdrückt. Jetzt aber ist es im Norden im Gange. Die Ovambos haben am Luene fünfzig Portugiesen nachts überfallen und niedergeschmet. Man findet die Erklärung darin, daß die Portugiesen nicht genügend Wachen aufgestellt haben sollten. Die Gezeiten waren Dragoner. Darauf erfolgten Angriffe gegen unsere Schutztruppe. Der Hauptmann von Estorff schlägt sich augenblicklich mit den Ovambos im nördlichen Teile ungefähr zwischen der Glosa-Fluss und Olgimbungwe. Soeben kommt die Nachricht, daß Hauptmann von Estorff verwundet und Lieutenant Franke im Geiselschloß erschossen sei." - Aus Ostafrika wird dem Deutschen Kol.-Blatt zufolge berichtet, daß der Regenmangel sich fast überall bemerkbar macht, und daß die kleine Regenzeit an der ganzen Küste fast völlig ausgefallen ist. Der Stand der Kulturen an allen Küstenorten wird demnach in diesem Jahre wenig günstig sein. Am schlimmsten macht sich die Trockenheit in Mohorro fühlbar, wo Land für etwa 800000 Tabakpflanzen vorbereitet war und wo infolge der Trockenheit nur 180000 ausgepflanzt werden konnten.

W. Kattowicz (Oberschlesien), 31. Januar. In einer interessanten Spitzelentlarvung führte die heutige Schöffengerichtsverhandlung gegen vier hiesige und königshütter Parteigenossen, die sich bereits am 10. d. M. wegen einer angeblichen Uebersetzung der Vereinsgesetzbestimmungen zu verantworten hatten.

In jener ersten Verhandlung waren einige Polizeibeamte als Belastungszeugen aufgetreten, hatten aber zugeben müssen, daß ihre Aussagen nur auf Mitteilungen eines Gewährsmannes beruhten, den sie nicht nennen dürften. Der Hauptangeklagte, Dr. Winter aus Königshütte, beantragte die Ladung weiterer Zeugen, u. a. die eines gewissen Soika aus Jandorgerhalde, da ihm dieser als der Spitzel verdächtig erschien. Und richtig: er hatte den Nichtigsten getroffen; Soika wurde heute vor Gericht durch seine eigenen Aussagen sowie durch die der Polizeibeamten der Spitzelei überführt, er war also jener im Dunkel schwebende Gewährs- und Hintermann.

Weider lehnte das Gericht die Stellung der von Winter beantragten Fragen ab, durch die das Verhältnis zwischen Soika und der Polizei noch genauer ermittelt werden wäre. Obwohl er gegen die Angeklagten viel weniger Belastendes auszusagen wußte, als die von ihm unterrichteten Beamten ausgesagt hatten, baute doch der Anwalt auf seinem Beizugnisse einen Straf- antrag auf; er beantragte gegen Winter 50 M. Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis. Winters Verteidigung legte insbesondere das Verhalten der Polizeibeamten dar. Das Urteil lautete für alle Angeklagten auf kostenlose Freisprechung. So hat wieder einmal die Polizei die Staatskasse geschädigt und — der sozialdemokratischen Partei einen Dienst erwiesen; denn der Ausgang des Prozesses wird der jungen Bewegung mancher Nutzen.

2. München, 31. Januar. "Prinz Karneval geht um und die Herren vom Centrum sind seine Stadtkompeten!" so schrieb dieser Tage die Allg. Handwerker-Ztg. in einem Artikel, in dem dieses Organ der reaktionären Handwerkerbünde seinen Aerger über die "unsagbar widerliche, unaufrichtige, verschleierte, eierstanzmüßige Stellung" der Centrumsabg. Ueber im Reichstag gelegentlich der Arbeiterkongresse bedacht hat, gehörig Luft macht. "Das Centrum," so heißt es in dem genannten Artikel, "hat in der Frage der Koalitionsfreiheit ein Gebaren gezeigt, das wir als politische Hanswurstdade verachten würden, wenn es nicht in seiner Unfähigkeit so unglücklich verachternswert uns erscheinen müßte. Es paßt zu Herrn Hise, es paßt zu allen anderen, es paßt zum ganzen dormaligen Centrum, wenn Herr Hieber eine Suppe kocht, die weder heiß noch kalt ist. Dies soll schlaun sein, ist aber in Wahrheit dumm, weil das

Publikum die Köche kennt und ihnen auf die Finger sieht, weiß feind, ob kein Schmutz daran ist, der den Appetit verdirbt."

In diesen ziemlich kräftigen Auslassungen spiegelt sich in unzweifelhaftester Weise die Stimmung wieder, die in Handwerkerkreisen gegen die zweifelhafte Haltung des Centrums in wirtschaftspolitischen Fragen herrscht. Das Centrum, das seinen Wählern stets vorschwindelt, die Interessen aller Stände, der Bauern, der Handwerker und der Arbeiter, zu vertreten, hat den Handwerkern die Erfüllung ihrer unreflektierten Wünsche seit Jahren zugesichert. Nun aber sieht sich diese Auch-Volks- partei außer Stande, ihr gegebenes Versprechen einzulösen und die genasführten Handwerker drohen gleich den schwer getäuschten Bauern mit ihrem Abfall. Selbst in den Reihen der katholischen Arbeiter regt sich bereits der Geist der Unzufriedenheit gegenüber der schwankenden und unsicheren Haltung des Centrums in sozialpolitischen Fragen.

Um nun die allgemein drohende Fahnenflucht noch möglichst aufzuhalten, greift das bayerische Kammer-Centrum zu den verzweifeltsten Mitteln. Auf der einen Seite sucht es sich einigen Ansehen von Arbeiterfreundlichkeit zu geben, auf der anderen Seite quetscht es aus dem Finanzminister einige Millionen heraus zur allmählichen Tilgung der Vorkosten, um die "rebellischen" Bauern zu beschwichtigen. Und zur Verführung der verbliebenen Handwerker soll die heute verhandelte Interpellation zum Schutze und zur Hebung des Kleingewerbes und der Handwerker beitragen, die also lautet:

1. Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um dem nothleidenden Stande der Kleingewerbetreibenden und des Handwerks zu Hilfe zu kommen?

2a. Ist die Staatsregierung geneigt, zur Förderung der Innungen und Handwerkskammern im Sinne des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1897 Landesmittel zur Verfügung zu stellen?

2b. Ist die Staatsregierung insbesondere geneigt, außerdem ausreichende Mittel zur Gründung einer gewerblichen Centralhilfs- klasse zu gewähren?

Abg. Dr. Orterer (Centr.) suchte bei der Begründung dieser von ihm im Namen der ganzen Centrumsfraktion gestellten Interpellation vor allem die "Verdienste" des Centrums heraus- zustreichen, das mehr als 20 Jahre dem Nothstand des Klein- gewerbes seine volle Aufmerksamkeit gewidmet habe.

Der Minister v. Feilichsch erwiderte: Die Staatsregierung erachte es als eine wichtige Aufgabe, die mit der Ausführung des Gesetzes vom 26. Juli 1897 zunächst betrauten Innungen, Innungsanschlüsse, Handwerkskammern und Innungsverbände hierbei thätlich zu unterstützen, und werde der Frage der Errichtung einer gewerblichen Centralhilfsklasse, wenn sie einmal eine festere Gestalt gewonnen habe, ihr sorgsamstes Augen- merk zuwenden.

Genosse v. Volkmar präzisirte den Standpunkt unserer Freunde im bayerischen Landtage dahin: Das Innungsgesetz werde nur zu Streitigkeiten führen. Alle die gemachten Versprechungen seien nichts als Utopien. So lange sich Meister fänden, die ausschließlich Behrungszieltreue treiben, sei es auch erklärlich, daß es Meister gäbe, die nichts verstehen. In so falschen Mitteln, wie es die Zwangsinnungen seien, würden die Sozialdemokraten nicht zu haben sein und auch keine Staats- mittel hierfür bewilligen.

3. Karlsruhe, 31. Januar. Drei Tage behandelte die Kammer den Antrag der Petitionskommission für die antichristlichen Bestrebungen der Friedensvereine. Genosse Dreschbach griff mit großem Geschick in die Debatte ein. Er geißelte insbesondere die Art, wie in den heutigen Schulen "Geschichte" gelehrt wird. Das Ergebnis der Redeschlacht war die Ueberweisung der Petition zur Kenntnisnahme an die Regierung, gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Anti- semiten und Konserverativen.

Nach den Neuierungen des Regierungsvertreter zu schließen, wird der Petition keine Folge gegeben werden.

Strasbourg i. El., 1. Februar. Im Landesausschusse legt der Unterstaatssekretär Schraut den mit 58 Millionen balancierenden Etat vor. Auf Angriffe von Spieß und Winterer erklärte mit acht Puttkamerischer Ungelegenheit der Staatssekretär von Puttkamer, der Ausdruck "Ausnahmegesetze" will sagen Diktaturparagrafen, werde als "Agitationsmittel gemiß- braucht". Die Unterdrückung zweier katholischer Blätter sei be- rechtigt gewesen wegen der Schmähungen gegen Kaiser Wilhelm den Ersten. Direkte Wahlen für den Landesausschuß seien unmöglich, aber ein Pressegesetz werde dieser Tagung des Landes- ausschusses vorgelegt werden. Ein Verbot der Veröffentlichung der Canisius-Encyklika sei niemals erfolgt.

Das brutale System des mechanischen Zwanges wird die Elsaß-Lothringer sicher verschöhnen.

Der Zeitung: Elsaß-Lothringische Volkspartei zufolge wurde gegen den verantwortlichen Redakteur des in Strasbourg erscheinenden landwirtschaftlichen Zeitgeists, Vater, das Zeugnis- zwangsverfahren eingeleitet. Die Veranlassung bildet ein im Zeitgeist erschienener Artikel, durch den sich die Firma Hachenburger in Darmstadt beleidigt fühlte. Hachenburger vernichtete als Ein- sander des Artikels seinen Konkurrenten Adolf Theis in Darmstadt und verklagte ihn darum wegen Beleidigung. Vater wurde als Zeuge geladen und um Bekanntgabe des Verfassers ersucht. Da Vater sich weigerte, den Verfasser zu nennen, erhielt er seitens des Amtsgerichts einen Tag Haft. Vater wurde neuer- dings wiederholt vorgeladen und zur Bekanntgabe des Ver- fassers aufgefordert, doch ohne Erfolg.

Kleine politische Nachrichten. Die Aufhebung des Volks- schulgeldes haben in Baden 558 Gemeinden durchgeführt. — In den Reichsländern macht gegenwärtig ein mit dem Vermerk "Sehr vertraulich" versehenes Aktenstück viel von sich reden, das von der Oberbayerischen Landeszeitung veröffentlicht wird. Dasselbe geht von dem Regierungsrath Professor der Wühlhauser Kreis- direktion, Herrn v. Lürde, aus und ist an die Bürgermeister des Kreises gerichtet. Den letzteren wird darin der Auftrag erteilt, an die Kreisdirektion zu berichten, ob der Pfarrer in der Predigt am Sonntag den 23. Januar nach der von der bischöflichen Hof- erlangenen Weisung der Geburtsfeier des Kaisers Erwähnung geihan und ob in dem von der Kanzel herab zu verrichtenden all- gemeinen Gebet der Kaiser genannt wurde oder nicht. — Das französische Staatsblatt veröffentlicht ein Gesetz, das den Frauen, die als selbständige Handeltreibende eingetragen sind, das Wahlrecht für die Handelsrichterämter verleiht. — Die bimetallistische Resolution des nordamerikanischen Senats Leller, in der gefordert wird, daß die Vereinigten Staaten-Bonds sowohl in Gold als in Silber zahlbar sein sollen, gelangte am letzten Sonnabend an die Kommission des Unterhauses für Mittel und Wege. Die Kommission verwarf sofort, ihren Bericht in absehendem Sinne zu erlassen. Am Montag hat darauf das Repräsentantenhaus die Resolution Leller mit 182 gegen 132 Stimmen verworfen.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.



# Sozialdemokr. Verein L.-Ostbezirk.

Donnerstag den 3. Februar abends 7/9 Uhr

## Mitglieder-Versammlung im Thüringer Hof zu Volkmarisdorf.

Tagesordnung: 1. Das Vereins- und Versammlungsrecht in Theorie und Praxis. Referent: Stadtverordneter **Heinr. Lange**. 2. Wie betreiben wir am zweckmäßigsten Landtagitation. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten. 4. Fragelisten (Beantwortung der zurückgestellten Frage, die Gründung einer Sängervereinigung betreff.).

Unter Hinweis auf die wichtige Tagesordnung laden wir die Genossen und Genossinnen zu zahlreichem Besuch ein. Der Vorstand.

## Achtung, Schmiede!

Donnerstag den 3. Februar

## Oeffentl. Versammlung im Coburger Hof, Windmühlenstr.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Wittich**. 2. Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung. 3. Die Lage der Schmelze Leipzig und wie wir sie verbessern wir dieselbe. 4. Bericht von der Fagnenkommission und Wahl der Verwaltung. 5. Gewerkschaftliches. Der Vertrauensmann.

## Achtung, Töpfer!

Montag den 7. Februar abends 8 Uhr

## Oeffentl. Versammlung im Römischen Hof, Mittelstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht der Geschäftsdelegierten. 2. Unsere Lage. 3. Stellungnahme zu einem Vergütigen. 4. Gewerkschaftliches. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung blüht um recht zahlreiches Erscheinen. D. W.

## Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter u. verw. Ber. (Zahlstelle Leipzig.)

Sonnabend den 5. Februar abends 8 Uhr in **Rehners Balkhaus** (Grüne Schänke), L.-Unger, **Humoristischer Abend** zum Besten des Unterstützungsfonds für ausgesessene kranke Mitglieder. Mitwirkende: Leipziger Quartett- und Complet-Sänger, Herren Prugel, Klein, Jensch u. s. w. Nach dem Konzert Ball.

### Restaurations-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum, Nachbarschaft, Freunden und Bekannten zur Mitteilung, daß ich **Altehandstr. 5** eine Restauration eröffnet habe unter dem Namen **City of Chicago**.

Mit guten Speisen und Getränken sowie einem kräftigen Mittagstisch zu dienen, wird stets meine Aufgabe sein.

In aller Hochachtung **Robert Weber**. NB. Allen denen, die über Nordamerika Auskunft wünschen, finden bei mir, gestützt auf die besten Unterlagen, jederzeit Auskunft.

### Restaurant-Eröffnung.

Meinen werthen Bekannten, Freunden und Nachbarn die ergebene Mitteilung, daß ich das

## Restaurant Südstrasse 20

käuflich erworben habe und bitte, mich in meinem Unternehmen zu unterstützen. Zum Ausschank gelangt das beliebte Lagerbier von **H. Ulrich** sowie echt **Mulmbacher**. Hochachtungsvoll **Theodor Tittel**.

NB. Morgen zur Eröffnung **Grosses Schlachtfest**. Restaurant **O. Schindler** Kräftiger Mittagstisch bei musikalischer Unterhaltung zu 50 Pfg. Sternwartenstrasse 18. inkl. Bier. Täglich Freikonzert von vorn. 11 Uhr ab.

**Schröters Kulmb. Bierstube, Gerberstrasse 7.**

Heute 2. Tag des **hochfeinen Bock-Bieres**. Hochwürstchen hochfein und Stamm-Auswahl zu jeder Tageszeit. Kleine Preise. Unterhaltungsmusik von 6 Uhr an.

Es ladet ergebenst ein **Wilhelm Schröter**.

## Restaurant Reichsmünze

Tauchaer Str. 15, Eingang Mittelstraße. Täglich **Grosses Konzert** der Damenkapelle **Ameicia**. Anfang nachmittags 5 Uhr. Eintritt frei.

## Restaurant zum Regenbogen

72 Südstrasse 72. Donnerstag, Freitag, Sonnabend **Erster Bockbier-Ausstich**. Hochwürstchen, Mettlich gratis. Bedienung in Kostüm. Um zahlreichem Besuch blüht **G. Händorf**.

## Eingetroffen: Crostitzer Bockbier

verfende, so lange der Vorrat reicht, 30 Flaschen für 3 Mark. Diverse andere Sorten nach Preiscurant.

### Bierhandlung F. Goldberg

Grundstraße 25d.

**Feinste Süsrahm-Margarine**

liefert in stets feisler Ware

**Holländischer Verein für Margarine-Fabrikation**

Wahnschaffe & Co., Cleve a. Niederrhein.

Margarine-Fabriken: Cleve, Rotterdam, Belfast und Dort.

Meisterien: Cleve, Heed und Delfshaven.

Zentrale Leipzig: **Mittelstrasse 18a**. Fernspr. 2952, I.

Eigene Special-Doppelwaggons fortwährend eintreffend.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Morgenstern in Leipzig.

Wir verschrotten von heute an unser

# Bockbier.

Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz.

Riebeck & Co.

## Hallesche Aktien-Bierbrauerei.

Der Versandt unseres vorzüglichsten

# Bockbieres

beginnt Sonnabend den 5. Februar 1898.

Lieferung in Gebinden, Syphons und Flaschen frei ins Haus. Niederlage und Eiskellererei: Berliner Straße 30. Teleph. I 162.

Die Verschrotung unseres

# Bockbieres

beginnt

Dienstag den 8. Februar 1898.

Gebr. Ulrich, Brauerei Stötteritz.

Haupt-Geschäft: Eisenbahnstrasse No. 39-43 parterre und 1. Etage.

**WILLIGE PREISE PRIMA QUALITÄT**

**Kinder & Wicky**

LEIPZIG N. Eisenbahnstr. 39/43.

Garantirt staubreine Bettfedern u. Daunen.

Fertige Betten

II. Geschäft: Chausseest. 2, pt. u. 1. Etage Ecke Gerichtsweg.

## R. Kuchling, Bau- u. Nutzholz-Handlung

Leipzig-Plagwitz, Elisabethallee Nr. 65 empfiehlt sein großes Lager von Bauhölzern, Brettern, Latten, Stößen und Stangen etc. zu billigsten Preisen. [10291]

## Südvorstädtische Möbelhallen

**Karl Sänger, Südstrasse 9** Grösste Auswahl. — Solide Arbeit. — Billige Preise. Lieferung unter Garantie und transportfrei. [7797]

## Marienbad

Leipzig-Neuschönefeld Eisenbahnstrasse Nr. 66. Konradstrasse 25. Schwimmbassin 20°

Dampfbäder, russische, römisch-irische, Voll- und Teil-Dampfbäder, Einpackungen, Specialkurformen, anerkannt vorz. Massage. Dampfbad von 1-4 Uhr nachm. Schwimmbassin, kristallklares Wasser. Dampfbad: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von 1/9-11 Uhr vorm. Bäder v. 1. u. II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [8658]

## Dorotheenbad, Dorotheenstrasse Nr. 9.

Alle Bäder b. Naturheilverfahren, als Dampfbäder, Packungen u. s. w. Gute Massage. Grösste Sauberkeit. An der Dorotheenkasse zugelassen. H. Geissler u. Frau, früher in der Zimmermannschen Naturheilanstalt

## Nähmaschinen

Fahrräder und Weingmaschinen unübertroffen in Konstruktion, bestem Material und taubloser Arbeit. Billigste Preise. 5 Jahre sachm. Garantie.

## Wilhelm Frenzel, Mechaniker

Leipzig-Neustadt, Eisenbahnstr. 31. Große Reparatur-Werkstatt für alle Fabrikate. Lager sämmtlicher Zubehörtelle. Unterricht und Versand jederzeit kostenfrei. Günstige Teilzahlungsbedingungen. [8027]

## Gut u. billig

Naethers Reform-Kinderwagen Mk. 14.— Puppenwagen m. Wollgärdinen Mk. 1.50 Reisekörbe Mk. 3.— Verstellb. Kinderstühle Mk. 4.80 Kurprinzstrasse 24, Ecke Windmühlenstr.



(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Oesterreich-Ungarn.

Generalkreit der Studenten.

Wien, 1. Februar. Die Herren Studiosi schwängen die Kollegia auch sonst, jetzt aber schwängen sie in Erfüllung „nationaler Pflichten“ als zum Protest gegen das Verbot des Farbentragens und im Einklange mit den Prager deutschen Studenten.

Am der hiesigen technischen Hochschule erzwingt heute die Studentenschaft die Einstellung der Vorlesungen. Die Studenten erhoben nämlich in den Hörsälen heftigen Lärm, schrien mit den Füßen und brachen in Heulrufe aus. Auf die Frage eines Professors, was die Kundgebung bedeute, wurde erwidert, sie erfolge wegen des Prager Farbentragens. Als der Professor trotzdem seine Vorlesung begann, die Kundgebung der Studenten als ungehörig bezeichnend, erhoben diese einen solchen Lärm, daß der Professor den Saal verließ. Aehnliche Szenen spielten sich auch in den anderen Hörsälen ab, überall wurden die Vorlesungen eingestellt. Die Hörer der Hochschule für Bodenkultur und der Veterinärarschule planen heute dieselben Kundgebungen. Es verlautet, daß auch die deutschsprachige Studentenschaft der Universität heute oder morgen die Einstellung der Vorlesungen in dieser Weise erzwingen wolle.

Aus dem Landtage.

Prag, 1. Februar. Statthalter Graf Coudenhove beantragte im Landtage die Interpellation Blared und Gesoffen betreffend die Prager Vorfälle vom 29. November bis zum 2. Dezember. Er konstatierte, daß am 22. November ein Studentenumzug stattgefunden habe und die Polizeidirektion gar nicht in der Lage gewesen sei, einen solchen zu erlauben oder zu verbieten, daß die Besetzung des Wenzelsplatzes am 29. November durch die Sicherheitswache wegen der zusammenströmenden Massen notwendig gewesen sei, die der Dämmung des Blases Widerstand entgegensetzten, daß das Eingreifen der Wachen und des Militärs am 30. November die Rechtsfertigung darin finde, daß 3000 Personen singend, schreiend und pfeifend durch die Straßen gezogen seien.

Der Statthalter könne den Ausdruck der Interpellanten, der die Inhaftnahme des Militärs als frivole Provokation und direkten Ausfall auf die ruhige Bevölkerung bezeichnet, nicht hoch genug bedauern, nicht entschieden genug zurückweisen. Auch die Behauptung der Interpellanten, daß der Stadtrat allein der Bewegung hätte Herr werden können, könne nicht Glauben finden. Der Statthalter konstatiert weiter, die Behauptung der Interpellanten, daß am Graben aus dem Casenhause oder aus irgend einer anderen Lokalität Gegenstände auf die Spaziergänger oder auf die Massen geworfen wurden, konnte nicht in einem einzigen Falle festgestellt werden.

Der Vorwurf, die Polizeibehörde seien rücksichtslos vorgegangen, hätten Unschuldige tyrannisiert, sei ganz unbegründet. Weiter gebe das Verhalten eines Teiles der Prager Bevölkerung zu Beschwerden Anlaß. Daß bei Verwendung von Zwangsmaßnahmen mehr oder minder unschuldige Personen betroffen wurden, sei unvermeidlich, es sei dafür nicht die einschreitende Gewalt, sondern jene seien verantwortlich, die die Ruhe gestört haben. Den Wachleuten sei strengstens eingeschärft worden, ruhig und maßvoll vorzugehen. Bis jetzt sei nur ein einziger Fall von Beschwerden gegen einen Wachmann zur Kenntnis der Behörde gelangt.

Frankreich.

Prozess Picquart.

Paris, 2. Februar. (S. T. B.) Die Verhandlung gegen den Oberst Picquart begann gestern vormittag 10 Uhr und endete gegen 5 1/2 Uhr nachmittags. Der Inhalt wird noch geheim gehalten und erst nach Bestätigung durch den Kriegsminister bekannt gegeben werden. Das Ministerium soll einer Dienstentlassung Picquarts abgeneigt sein.

Belgien.

Zuckersteuer.

Brüssel, 1. Februar. Ministerpräsident de Smet de Nayer erklärte in der Kammer, die Regierung habe beschlossen, die Verbrauchssteuer auf raffinierten Zucker vom 1. Oktober 1899 ab auf 15 Franken (12 Mk.) zu ermäßigen.

Aus dem Landtage.

r. Dresden, 1. Februar. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurden wieder einige Titel des Etats nach den Vorschlägen der Finanzdeputation B bewilligt. Und zwar für Erweiterung des Bahnhofs Arnshdorf 308000 Mk., für Neubau des Bahnhofs Rabenau 650000 Mk., für Herstellung eines Haltepunktes in Pleischen 300500 Mk., für Beschaffen in Trachau 158700 Mk., für Hochlegung der Bahn in der vormaligen Flur Strehlen 400000 Mk.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt. Es dürfte da wieder einmal lebhafter zugehen, da die Beratung des Justizetats auf der Tagesordnung steht. Die sozialdemokratischen Vertreter werden dabei Gelegenheit haben, die verschiedensten Mißstände auf diesem Gebiete zur Sprache zu bringen.

Die deutsche Regierung und Kreta. Die Orientfrage.

Die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland, der nach dem Wunsche Nikolaos II. Gouverneur von Kreta werden soll, scheint den Anstoß zu neuen Wirren im Orient geben zu sollen. Wie stellt sich die deutsche Regierung dazu? Die Kölnische Zeitung schreibt nun in einem allem Anscheine nach „inspirierten“ hochoffiziösen Artikel:

Wenn alle europäischen Mächte sich mit dem Sultan über die Ernennung eines griechischen Prinzen zum Gouverneur auf Kreta verständigen wollten, so hat Deutschland nicht das geringste Interesse, dieser Verständigung entgegen zu sein. Daß aber eine solche Verständigung der Großmächte mit dem Sultan ohne Anwendung nachdrücklicher Gewaltmittel ausgeschlossen erscheint, muß von vornherein für jeden unbefangenen Beobachter der jüngsten Ereignisse klar sein. Dem Sultan ist der letzte Krieg sehr gegen seinen Willen von Griechenland geradezu aufgezwungen worden; die eigentliche Ursache der Entstehung dieses Krieges war in erster Linie die beabsichtigte Vereinigung der Insel Kreta mit Griechenland und ihre Loslösung von der türkischen Herrschaft. Dieses Ziel haben die Griechen im Kriege nicht erreichen können; der Sultan hat es ihnen mit seinen siegreichen Truppen gründlich zerstört. Wenn er jetzt freiwillig den griechischen Prinzen zum Gouverneur ernennen würde, so würde er mit einem Schlage den ganzen militärischen Erfolg seines tapferen Heeres zerstören. Die Ernennung des griechischen Prinzen zum Gouverneur von Kreta würde eine Brandfackel in die übrigen Balkanstaaten sowie in Makedonien und in Albanien werfen und sie zu dem gleichen Ziel der Zerstückung des türkischen Reiches hinführen und den europäischen Frieden gefährden. . . .

Dem gegenüber scheint uns die Politik der deutschen Regierung eine von selbst gegebene zu sein. Deutschland hat schon allein mit Rücksicht auf seinen ausgedehnten Welthandel ein dringendes Bedürfnis, daß der europäische Friede thunlichst lange erhalten bleibt und daß, wo ein Kriegsausbruch unvermeidlich ist, der Kriegsausbruch so eingeschränkt wird, daß dadurch thunlichst wenig deutsche Interessen beeinträchtigt werden. Deutschland hat nicht das geringste Interesse an der türkischen Gestaltung der Dinge in Kreta und hat demgemäß von Anfang an von einer größeren Machtentfaltung abgesehen. Ein Fernbleiben von diesem gemeinsamen Vorgehen der Mächte würde die deutsche Politik in die Gefahr gebracht haben, daß sie verdächtigt worden wäre, im Trüben fischen zu wollen. Deutschland kann und muß bei diesem Verhalten bleiben, so lange irgendetwas die Aussicht vorhanden ist, daß die Einheit der Mächte erhalten bleibt. Erst wenn diese Aussicht zerstört wird durch das Vorgehen der einen oder der anderen Macht, die einseitige eigene Interessen in den Vordergrund stellt, erst dann, aber auch in diesem Augenblicke, erwacht der deutschen Politik die Pflicht, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Einheit der Großmächte endgültig in dieser Frage aufgehört hat. Die Zurückziehung der Oberburg aus den kretischen Gewässern würde die notwendige Folge davon sein. . . .

So das offiziöse Blatt.

In einem anderen Artikel: Die Aufrollung der Orientfrage, aber sagt die Kölnische Zeitung:

Es könnte leicht dahin kommen, daß die Großmächte in der nächsten Zeit ihre Aufmerksamkeit weniger den kretischen Dingen zuzuwenden hätten, als der wachsenden Unsicherheit der Lage auf dem Balkan. In Serbien herrscht die größte Unruhe gegen Bulgarien, das man von der Wofre wie auch von Rußland einseitig begünstigt glaubt. Rumänien ist verstimmt wegen des Widerstandes, den seine kirchenpolitischen Wünsche in Konstantinopel finden. Makedonien bildet mehr als je den Brennpunkt widerstreitender Interessen, die sich von Sofia, Belgrad und Bukarest aus mit erneuter Lebhaftigkeit geltend machen. Montenegro ist an diesen Streitigkeiten weniger beteiligt, nimmt aber gegen Serbien eine zweideutige Haltung ein und neigt sich mit den bulgarischen Machthabern nach einer Richtung hin, die in Belgrad nervös macht, um so mehr als man dort zur Zeit gute Gründe hat, sich als bei Rußland in Ungnade gefallen zu betrachten. In den Beziehungen

zwischen Wien und Petersburg hat die neue Stellung König Wilhelms an der Spitze der serbischen Truppen mehr als einen alten Argwohn wieder aufleben lassen. Das weitest wichtige Merkmal der gegenwärtigen Orientlage aber bleibt, daß seit einigen Tagen Rußland sich in Asien möglichst herauszuwickeln sucht, seine dortigen Ansprüche der Weisheit des Sahes „aufgehoben ist nicht aufgehoben“ unterstellt und den Schwerpunkt seiner Thätigkeit in der auswärtigen Politik nach dem europäischen Osten zurückverlegt. Es bleibt dem Zarreich auch keine andere Wahl, wenn es die Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum kretischen Gouverneur alles Ernstes durchsetzen will.

Die Hauptfrage ist doch, wie der Sultan die Kandidatur des hellenischen Prinzen aufnimmt. In den Augen seines Volkes ist der Sultan der siegreiche Herrscher, der die nach Kreta ausgeforderte griechische Räuberhand kraftvoll zurückgeschlagen hat. Und von dieser Höhe sollte er freiwillig herabsteigen, um eben den Prinzen zu erhöhen, in welchem die festländischen Griechen wie die Kreter die Verkörperung ihrer völkerrichtsübrigen Bestrebungen erblicken? Das wäre eine verhängnisvolle Herausforderung der besten Kräfte des türkischen Volkes, ein Akt der Selbstverweigerung und eine tiefe Demütigung des Mohammedanismus, die der Sultan ohne Gefahr für Thron und Leben nur vollziehen könnte, wenn er durch unmittelbar drohende feindliche Eingriffe von außen her dazu gezwungen würde.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der Feldzug gegen die Konsumvereine wird von den Behörden mit aller Schärfe weiter geführt. In Röttha, welcher Ort auch mit der Umsatzsteuer beglückt werden soll, hat der Bürgermeister ein vertrauliches Rundschreiben an die Händler verfaßt, das deutlich zeigt, wie man sich im Schweiße seines Angesichts abmüht, Material zu gewinnen, mit dem die Umsatzsteuer begründet werden soll. Das vertrauliche Rundschreiben ist auf kürzestem Wege prompt bei uns eingelaufen und hat folgenden Wortlaut:

A. R. 273/98. Röttha, 31. Januar 1898. Vertraulich.

Herrn M. N. hier. Wegen der Besteuerung des Konsumvereins, welcher, soweit man hört, noch neue Artikel aufnehmen will, wird von dem königlichen Ministerium der Nachweis verlangt, daß derselbe den übrigen Geschäftsleuten Schaden verursacht. Um diesen Nachweis führen zu können, ersuche ich Sie, mir gefälligst möglichst bald umstehende Fragen zu beantworten. Ich sichere Ihnen vollständige Geheimhaltung Ihrer Angaben zu. Diefelben werden nicht in andere Hände gelangen und werden auch nicht an das Ministerium eingeleitet, sondern nur, ohne Namensangabe, zu meinem Besuche benutzt. Möglichst baldiger Rücksendung des Fragebogens entgegennehmend, zeichnet

Gochsteden E. Güngel, Bürgermeister.

Die aufgestellten Fragen lauten:

- 1. Empfinden Sie, daß Sie seit Errichtung der Konsumvereins-Fiskale verminderten Umsatz haben?
2. Wenn dies der Fall: Wie hoch belief sich die Summe Ihres Umsatzes vor Errichtung des Konsumvereins?
3. Um wieviel ist derselbe geringer geworden?

Das noch nicht einmal alle Auserwählten, denen das Rundschreiben zugeht, in das Horn der Konsumvereinslöser blasen, wird dem Herrn Bürgermeister der vorstehende Abdruck beweisen.

Einem Hinweis für Flugblätterverteilung, der angeht die der nahe bevorstehenden Wahlen zum Reichs- und Landtage wohl am Platze ist, giebt die Bürgerliche Volkstimme, indem sie aus allen einschlägigen Urteilen sächsischer Gerichte und unter anderen auch aus der Rede des sächsischen Justizministers bei Gelegenheit unserer Kritik eines Erkenntnisses des Oberlandesgerichts vom 18. Dezember 1893, das herausbestilliert und zusammenstellt, was nach dem Ermessen der sächsischen Behörden erlaubt bzw. verboten ist. Danach also dürfen Flugblätter 1. nicht öffentlich auf dem Arme getragen werden, sondern müssen in einer Mappe oder in der Tasche verborgen werden; 2. ist verboten ein Austragen von Flugblättern während der Kirche, und endlich 3. muß der Flugblattverteiler — wie man durch ein neuestes Zwidauer Schöffengerichtsurteil belehrt wird — jeden fragen, ob er überhaupt ein sozialdemokratisches Flugblatt haben wolle. Werden diese drei Gesichtspunkte bei der Verteilung von Flugblättern von Seiten unserer Genossen genau beobachtet, so

Kleine Chronik.

Leipzig, 2. Februar.

Seemann 7. In Dresden starb im Alter von 60 Jahren der Kunstschriftsteller Theodor Seemann, der eine ganze Reihe kunstgeschichtlicher Schriften veröffentlicht und eine vielseitige Thätigkeit entfaltet hat.

Ein gefährliches Theaterstück. Die bekannte preussische Polizei verbietet in Gnesen die Aufführung eines polnischen Theaterstückes, das einen Stoff aus der Warschauer Revolutionsgeschichte von 1794 behandelt, weil darin die Aufforderung zur Auflehnung gegen die bestehenden Staatsgewalten enthalten sei. Die Folge dieses Verbotes wird jedenfalls die sein, daß das Stück demnächst so und so oft ins Deutsche übersetzt wird.

Freitjos Ransen hat sich am Sonnabend in Newyork auf der Campania zur Rückfahrt nach Europa eingeschifft. Seine Verlesungstournee in den Vereinigten Staaten hat ihm über 40000 Dollars eingebracht. Der Prozeß mit seinem Impresario ist gütlich beigelegt worden. Ransen zahlte ihm 250 Dollars heraus. Nach seiner Ankunft in England wird Ransen dort noch zehn Vorlesungen halten. Das Gerücht, daß er an der Henryschen Nordpol-Expedition teilnehmen wolle, ist unbegründet. Ransen meint, daß Andree sehr wohl noch am Leben sein könne.

Volksjustiz. Vor einigen Tagen standen vor dem Nürnberger Schöffengericht eine Witwe und ein junges Mädchen unter der Anklage gewerbsmäßiger Unzucht. Es stellte sich heraus, daß sie die Opfer eines gewissenlosen Menschen waren, der sich ihre Notlage zu nütze gemacht hatte und nachdem er sie so weit gebracht, wollte sie sich ihm hingeben, sie auch noch öffentlich an den Pranger stellte. Der Anwalt bezeichnete das Vorgehen des Zeugen als schamlos und niederträchtig, und das Urteil lautete denn auch auf Freisprechung, da sich auf solch empörend gemeine und niederträchtige Handlung eines Zeugen kein Schuldausspruch gründen könnte. Die Menge war über das Vorgehen des Zeugen aufs höchste empört; er wurde beim Verlassen des Justizpalastes von oben bis unten beschudet und hatte es nur der Polizei zu danken, daß ihn die empörten Zuschauer nicht ordentlich durchsprügelten. Der edle Herr hatte noch die Kühnheit, Zeugengebühren zu verlangen und erhielt sie als Zugabe zu der Spude.

— Eine eigentümliche Verwendung scheint in Schöneberg die Feuerprüge zu finden. Der Redakteur eines dortigen Blattes war angeklagt, weil er die Börsenanstalten als erbärmlich bezeichnet und behauptet hatte, daß sich die Spritzenmeister gegenseitig abhüßten. Das Schöffengericht verurteilte ihn zunächst zu 50 Mk. Strafe, die Strafkammer jedoch erkannte auf Freisprechung, da die Angaben des Redakteurs für begründet befunden wurden. Da werden wohl die abgehüßten Spritzenmeister nun basten wie begoffene Pudel.

gm. Der König von Schweden und die Presse. König Oskar, der Dichter und König, hat bei der Jahresfeier des schwedischen Journalistenvereins eine schöne Rede gehalten; ein Volk wie das schwedische, das eine lange ruhige Entwicklung auf der Basis gesetzmäßiger Freiheit (na! na!) durchgemacht habe, sei würdig, eine freie Presse zu haben, es vermäge seine vielseitigen Kräfte zu benützen und habe Mißbräuche derselben nicht zu fürchten.

Das klingt alles sehr schön, genau so schön, wie wenn in Preußen Herr von Boffe bei der Jubelfeier eines Journalisten große Reden schwingt — aber es hat genau so wenig zu bedeuten. Namentlich achtet man die Worte eines Königs wenig, in dessen Lande erst vor kurzem der bedeutendste schwedische Krykker der Gegenwart, Gustaf Fröding, einem skandalösen Prozeß wegen Unfittlichkeit ausgesetzt wurde und wo August Strindberg wegen Gotteslästerung verfolgt werden konnte.

— Streik alter Römer. Als jüngst in London Shakespeares Julius Caesar gegeben wurde, folgte auf den zweiten Akt eine bedenklich lange Zwischenpause. Das Volk von Rom, das im dritten Akt sich von Antonius aufregen lassen soll, streifte nämlich und ließ sich nicht eher bei Lampenlicht aufregen, als bis der Herr Direktor in seinen Beutel gegriffen hatte. Dann aber münzten die alten Römer lustig wie noch nie.

Humoristisches.

Bech. A.: „Warum so traurig?“ — B.: „Ach, denn! Dir nur das Wehl! Hab' ich das vete Geld h'ran gewendet und meine älteste Tochter Medizin studieren lassen — und nun heiratet sie ihren ersten Patienten!“

Die Ballade vom armen Grafen.

Brittwith — Littwith war sein Name, Und er sah auf Schlackowitz, Außerden nennt' er sein eigen Pachtlich, Radwith, Radowitz.

Aber ach, er schämte, prähte, Spielte auch mit wenig Glück, Und den Weibern, so da tanzten, Dankt er bitteres Mißgeschick.

Keinen Heller mehr im Kasten, Wolte er verzweifeln schon — Da erblickt sein gräßlich Auge Ihabell Nebella Cohn.

Jaak, Nebellens Vater, Hieß sehr viel auf seinen Ton; Daher wurde aus dem Grafen Bald ein Bankierschwiegervater.

Da, als er der Schulden ledig, Stellt sich auch die Würde ein, Und er kam als Volksovertreter Zu das Parlament hinein.

Hier hat er den Thron verteidigt, Glaube, Sitte und Altar; Bis daß ein Ministerposten Für ihn frei geworden war.

Sehr erfreut war da Nebella, Groß der Stolz Herrn Jaaks, Aber ach, des Grafen Freude Hatte einen bösen Knads . . .

Denn — o merkt euch diese Lehre! Keine Wohlthar- oder sühne Lohn: Fürder müßte er sich nennen Herr von Brittwith — Littwith — Cohn.

Christoph Piepmater.



werden sie nach menschlicher Berechnung unbehelligt ihre agitat-

Wo man mehr gerupft wird, ob bei der Igl. sächsischen oder der neuen thüringisch-anhaltischen Staatslotterie — ja das ist die Frage, die Frage, die die Finanzdeputation der zweiten sächsischen Kammer bei den Beratungen über den Haushaltsplan der sächsischen Landeslotterie jüngst zu erwägen hatte und die durch das Deputationsmitglied, Abgeordneter Georgi, glücklicherweise in Igl. sächsisch-patriotischem Sinne beantwortet werden konnte. Nach den Ausführungen dieses Herrn ist nämlich entgegen allen anhalt-thüringischen Kollektorenstimmen, die in zahlreich in Sachsen verbreiteten Circularen die Gewinnchancen für ihre Landeslotterie als größere anpreisen, als bewiesen zu werden, daß der sächsische Staat für die 5208850 Mark, die er seinen Unterthanen alljährlich für ihre Spielwut abzulieft, ihnen auch bedeutend bessere Bedingungen bietet.

Ohne die Verantwortung für die Richtigkeit der aufgestellten Berechnung zu übernehmen, übertrifft nämlich die Zahl der „Hauptgewinne“ unserer fünf Klassen diejenigen der Anhaltiner um mehr als das Neunfache und die auf sie entfallende Gewinnsumme diejenige der Anhaltiner um mehr als das Vierfache. Ergo: die Wahrscheinlichkeit, einen Hauptgewinn zu erhalten, ist bei uns durchaus nicht geringer als bei den thüringischen Anhaltländern. Und ergo, meine Dicht, Sachsenvolk, auch dem Kernsten bietet der Staat Gelegenheit, spielend ein reicher Mann zu werden, vorausgesetzt nur, daß Du „Schwein“ hast und Dich nicht rupfen läßt.

Über willst Du gerupft sein, dann wenigstens Igl. sächsisch — und nicht thüringisch-anhaltinisch!

Ueber die Bewegung in den sächsischen allgemeinen Krankenhäusern während der Jahre 1886—1895 giebt der Sonderabdruck aus der Zeitschrift des Königl. Sächsischen Statistischen Bureaus, 43. Jahrgang 1897, Heft 3 und 4, folgende Notizen. Der durchschnittliche Krankenbestand hat sich seit Anfang des Jahrzehntes 1886/95 von Jahr zu Jahr vermehrt. Es gingen den allgemeinen öffentlichen Krankenhäusern in diesem Zeitraum 385412 Personen (235667 Männer und 149745 Weiber) zu. Für dieselben waren 12164167 Verpflegungstage erforderlich. Durchschnittlich waren täglich 3331 Kranke (1901 Männer, 1430 Weiber) verpflegt. Von den im letzten Jahrzehnt Verpflegten starben durchschnittlich 9,36 Prozent (8,95 Männer, 10,00 Weiber). Die Zahl der vorhandenen Betten ist von 5069 im Jahre 1886 auf 7017 im Jahre 1895 gestiegen.

r. Dresden, 1. Februar. Der hiesige evangelische Arbeiterverein will unter die Gründer gehen und zunächst eine Baugenossenschaft gründen. An die Spitze des Unternehmens wollen eine Reihe Bankiers, Rechtsanwältle, Honoräre, hohe Gerichtsbeamte — unter letzteren der durch Urteile gegen Sozialdemokraten weiter bekannt gewordene jetzige Landgerichtsdirektor Becker — z. treten. Ganz respectable „Arbeiter“. Es soll eine rege Teilnahme für das Unternehmen bei den Mitgliedern herrschen. Es werden Anteilscheine auf 200 Mk. lautend ausgegeben. Die Bezahlung derselben kann durch wöchentliche Teilzahlung von 50 Pfennig bewirkt werden. Und das nennt man, den Arbeitern helfen!

Die Wassergefahr im Weißeritzgebiet rückt wieder in bedenkliche Nähe. Durch den anhaltenden Regen der letzten Tage stieg das Wasser ununterbrochen und schon brachte das Wasser als Zeugen seiner Gewalt Baumstämme zc. mit zu Thal. Das drohende Schicksal zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wieviel Unterlassungssünden begangen wurden hinsichtlich der Uferbauten und der Regulierung des Flußlaufs. Im Landtage suchte man die Vorwürfe und das Verlangen der um das Volkswohl besorgten Sozialdemokraten damit zurückzuweisen, daß man versichert, es sei und würde alles gethan. Es ist aber bei den Versprechungen geblieben.

oo. Gitterberg, 1. Februar. Bei der gestrigen Wahl der Leipziger zum neuerrichteten Gewerbechiedsgericht, das seine Thätigkeit schon am 1. Januar begann, wurden sämtliche 8 vom sozialdemokratischen Wahlkomitee vorgeschlagenen Arbeiterbeisitzer mit großer Mehrheit gewählt. Die vom gleichen Komitee vorgeschlagenen Arbeitgeberbeisitzer unterlagen. Die Wahlbeteiligung war eine rege.

Schönan, 31. Januar. Ein frecher Raubmordversuch, verübt an einer hiesigen Schnittwarenhändlerin, setzte gestern die Bevölkerung unseres Ortes in Aufregung. Am Sonnabend nachts 1/2 12 Uhr drang ein Mensch mit schwarzem Mantel Gesicht in die Wohnung des Privatmannes und Hausbesizers Wilhelm Arnold hier ein, in welcher die Ehefrau des letzteren allein anwesend war und ihren Mann erwartete. Der Räuber drehte zunächst das Gaslicht aus, warf dann die vor Schreck der Sprache beraubte Frau samt dem Stuhl zu Boden und versuchte sie zu erdrosseln. Durch das entstandene Geräusch jedoch wurden die übrigen Hausbewohner aufmerksam, welche den Mordthäter in die Flucht schlugen. Es gelang bald darauf, den Thäter sowie einen Mitschuldigen festzunehmen. Der Verdächtige ist ein arbeitsfähiger Schlosser Namens Richter, ein Kleinstaurereusohn aus Bilitz.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Dresdener Hauptbahnhof wird nach endgültiger Bestimmung am 16. April d. J. in allen seinen Teilen zur Eröffnung kommen. — Beim Rangieren eines Güterzuges der Chemnitz-Ansbacher Bahn in Scharfenseifen fiel der Wagenrücker Krause so unglücklich in das Gleis, daß ihm der Unterschenkel überfahren wurde. — In Radeberg hat der überaus heftige Sturm am Montag größeren Schaden angerichtet, indem durch die Gewalt des Sturmes die Spitze des Rathauses (Knapf und Fahne) abgebrochen wurde, die zunächst auf das Dach aufschlug, dortselbst einen größeren Schaden verursachend, und sodann auf die Oberstraße herabfiel. Glücklicherweise sind Menschen dabei nicht verletzt worden. — In Greiz hat am Montag eine verheerende Feuersbrunst stattgefunden. Das Fabrikgebäude der Firma Hlitz u. Genest wurde vollständig zerstört. Außerdem wurden drei andere Fabrikgebäude beschädigt. Auch ein Wohnhaus brannte aus. — Die Stadtverordneten in Halle lehnten den Antrag auf Erhöhung der Gehälter für beide Bürgermeister mit 20 gegen 20 Stimmen ab. Der Magistrat hat einen Antrag auf Aufhebung des Bürgerrechtgesetzes eingebracht.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Wurzen, 31. Januar. In dem benachbarten Kleinschepa brannte in der Nacht vom 23. zum 24. d. M. das Gasthofsgrundstück vollständig nieder, wobei auch 6 Schweine mit zu Grunde gingen. Als der Brandstiftung verdächtig wurde der Steinbrucharbeiter Kluge, in Großschepa wohnhaft, gefänglich

eingezogen, der sich bei den Rettungsarbeiten lebhast beteiligte. Der Beschäftete soll bereits die That gestanden sein.

Schleusingen, 30. Januar. Daß der Patriotismus beim Geldbeutel aufhört, beweist wieder einmal deutlich nachstehendes Infanter, das das Heineberger Kreisblatt veröffentlicht:

Die hiesigen drei Kriegervereine sind dahin übereingekommen, dieses Jahr von der Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs Abstand zu nehmen, da sie es mit ihren patriotischen Gefühlen nicht vereinbaren können, für die Feier eines derartigen hohen Festtages noch eine Vergnügungssteuer von 45 Mk. zu bezahlen.

Dieses zur Nachricht für das Publikum, um etwaigen Irrigen Vorstellungen über den Grund des Ausfalles der Festfeier vorzubeugen. Schleusingen, den 22. Januar 1898. Die Vereins-Vorstände.

Ein patriotischer Streit in aller Form! Warum behandelt der Magistrat von Schleusingen die Kriegervereine nicht auch anders als wie gewöhnliche Menschen!

Gemeinde-Zeitung.

Die alljährlich erscheinenden Verwaltungsberichte der Stadt Leipzig sind auch im Buchhandel käuflich. Bisher war der Absatz jedoch wegen des hohen Preises nur ein sehr geringer. Neuerdings hat nun der Rat beschossen, den Ladenpreis der Berichte wesentlich herabzusetzen und zwar sowohl für die bereits erschienenen wie für die künftig erscheinenden ein für allemal auf 10 Mark festzustellen, gleichviel welchen Umfang der Bericht hat.

Vereine und Versammlungen.

Volkshilfsverein Wohlth. Am Sonnabend den 20. Jan. hielt der Volkshilfsverein seine Mitgliederversammlung ab, die sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Steuerberichtigung, 2. Vortrag über: Die Aufgaben des Volkshilfsvereins zu Wohlth, Referent Gen. Otto Quackmalz, 3. Vereinsangelegenheiten, 4. Fragelasten. Der Referent führte den Anwesenden in seinem Vortrage die Entschlung des Volkes, die Maschinenlehre, die Volksschulen, die Kasernen und auch die ledige Sozialfrage für den Nordbezirk vor Augen und meinte, daß die Arbeiterschaft doch durch alle diese Momente zu dem Entschlusse kommen müßte, sich dem neu gegründeten Volkshilfsverein anzuschließen, damit auch in Wohlth etwas Großes und Ganzes geschaffen werden könne. Dem Referenten wurde reichlicher Beifall zu teil. Ein Redner, der sich betrefss der Volks- und Fortbildungsschule mit dem Referenten nicht einverstanden erklären konnte, wurde von letzterem widerlegt. Im weiteren unterzog Genosse Köhl die Gymnasien, indem er sie den Volksschulen gegenüber stellte, einer eingehenden Kritik, machte die Anwesenden auf die Stadtverordnetenwahlen aufmerksam und forderte alle auf, kräftig für die Bürgerrechtserwerbung zu agitieren, damit bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen der sozialdemokratische Kandidat den Sieg davon trage. Unter Vereinsangelegenheiten wurde eine vom Vorstand ausgearbeitete Geschäftsordnung einstimmig angenommen und vom Vorsitzenden endlich noch auf die bestehende Sängers- und Turnabteilung hingewiesen.

Tauscha. In dem in Nr. 23 vom 28. Januar gebrachten Bericht über die Tauschaer Volkerversammlung ist für Quadratmeter Kubikmeter zu lesen und an der Stelle: daß in Zukunft 80 Pfg. weniger bezahlt wird, muß es statt 80 Pfg. 30 Pfg. heißen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Februar.

Auf die heute Abend in der Flora stattfindende Parteiversammlung sei auch an dieser Stelle noch besonders aufmerksam gemacht. Die Genossen aller Bezirke werden erjucht, zahlreich zu erscheinen.

Von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften wird in den nächsten Tagen eine 16 Seiten starke Flugchrift, in der die Koalitionsrechtsfrage behandelt wird, herausgegeben. Das Flugblatt wird auch eine Uebersicht über die im Jahre 1897 auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung erfolgten Bestrafungen enthalten. Im Anschluß an die Flugblattverbreitung sollen Versammlungen stattfinden, in denen die Meinung der Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht wird.

Die Differenzen im Maurergewerbe sind gestern in einer von etwa 1500 Maurern besuchten Versammlung auf Grund neuerer Verhandlungen in einer für die Arbeiter günstigen Weise endgültig beigelegt worden. Die Friedensbedingungen sind die folgenden:

- 1. Die Arbeitszeit wird festgesetzt auf die Zeit vom 14. März 1898 bis 14. März 1899 auf täglich 9 1/2 Stunden, beginnend früh 7 1/2 Uhr bei einem Mindestlohn von 52 Pfg. für die Stunde, auf die Zeit vom 15. März 1899 bis 31. März 1902 auf täglich 9 Stunden, beginnend früh 7 Uhr bei einem Mindestlohn von 55 Pfg. für die Stunde.
2. Die Junggesellen erhalten im ersten Jahre nach der Lehrzeit bis 14. März 1898 als Mindestlohn 42 Pfg., nach dem 14. März 1898 als Mindestlohn 45 Pfg., im zweiten Jahre nach der Lehrzeit bis 14. März 1898 als Mindestlohn 47 Pfg., nach dem 14. März 1898 als Mindestlohn 50 Pfg. Das soll sich nur auf Lehrlinge, bez. Junggesellen bis zur Erfüllung des 19. Lebensjahres beziehen.
3. Die einständige Mittagspause ist während des ganzen Jahres festzuhalten, die halbstündige Frühstückspause darf nur wegfallen, wenn die Arbeit um 8 Uhr beginnt.
4. Die Baubuden sind luftdicht und mit Thür und Fenster verschließbar einzurichten, wasserdicht einzudecken, im Winter mit Heisvorrichtung und entlang der Erde mit Posten oder Bretterfußboden zu versehen. Die Größe der Baubude ist, sofern der Bauplatz Raum giebt, der Arbeiterzahl anzupassen.
5. Bei vorzunehmenden Reparaturarbeiten bleibt der unter 1. festgesetzte Minimalstundenlohn garantiert.
Die Versammlung erklärte sich mit diesen Bedingungen einverstanden. Zu 5. wurde jedoch beschlossen, die Reparaturarbeiten überhaupt zu verweigern. Wer dem zuwiderhandelt, hat den Ausschluß aus der Organisation zu gewärtigen.

Im übrigen haben die Unternehmer sich bereit erklärt, die Forderungen der Zimmerer, sofern sie nicht über die der Maurer hinausgehen, zuzugestehen, auch eine Aufbesserung der Löhne der Bauhandarbeiter vorzunehmen.

Die Nationalliberalen unter sich. Das Leipziger Tageblatt hatte der Dresdener Zeitung den Vorwurf gemacht, nicht im nationalliberalen Parteinteresse gehandelt zu haben. Die Dresdener Zeitung antwortet darauf:

Wir müssen den Vorwurf mit Entschiedenheit zurückweisen, vorausgesetzt, daß das Leipz. Tagebl. unter nationalliberalen Parteinteresse nicht eine Einschärfung des Nationalliberalismus in Sachsen versteht. Für ein derartiges Parteinteresse haben wir

selbstverständlich keinen Sinn, und überlassen wir das Geschick des „Einschlusses“ neidlos unserer Leipziger Kollegen. Wir halten es unter der Würde des nationalen Liberalismus, sich mit der Rolle eines bekannten Lasttieres zu begnügen, das durch Stoßschläge gezwungen wird, Getreidesäcke nach den konservativen Mühlen zu schleppen. ... Niemand kann behaupten, daß durch eine strenge Hervorhebung des nationalliberalen Gedankens das Parteinteresse geschädigt worden sei. Die Stellung des Nationalliberalismus wird schon zur Genüge von jenen nationalliberalen Blättern in Sachsen befocht, die gleich dem Leipz. Tagebl. im Interesse der sogenannten Einheit aller reaktionären Seitenpränge der konservativen Kammerfraktion kritisch mitmachen.

Man darf gespannt sein, was hierzu die Herren in der Johannisgasse sagen werden.

Gegen die Konsumvereine richtet sich eine dem Reichstag zugegangene Eingabe des Centralverbandes deutscher Kaufleute, die die Genehmigung zur Gründung von Konsumvereinen von der Bedürfnisfrage abhängig machen wollte. Zu dieser Eingabe macht jetzt die Korrespondenz des allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes folgende beachtliche Ausführungen:

Vor wenigen Jahren noch legte man in den Kreisen des Centralverbandes deutscher Kaufleute entschieden dagegen Verwahrung ein, daß man auf ein Verbot der Konsumvereine abzielte, man wollte nur ihre Gleichstellung mit den Gewerbetreibenden; heute ist letzteres, was die Lasten anlangt, erreicht, man sieht, daß die Konsumvereine doch nicht tot zu machen sind, und nun tritt man mit der zunächst noch verhängten Forderung nach dem Verbot der Konsumvereine hervor, denn auf ein Verbot kommt in Wirklichkeit die Stellung der Bedürfnisfrage heraus.

Und während der Centralverband in dieser Weise politontert und Raum schaffen will für die Etablierung neuer Geschäfte, hat der Zwischenhandel sich in der bedenklichsten Weise vermehrt. Wie paßt es z. B. zu der Behauptung, daß die Konsumvereine und Bazare den Zwischenhandel zu Grunde richten, wenn nach der Berufsstatistik von 1895 die Zahl der Waren- und Produktenhändler im deutschen Reiche seit 1882 von 380228 auf 476624 also um 25 Prozent gestiegen ist, während die gesamte Bevölkerung von 45,7 auf 52 Millionen, also nur um 13 Prozent angewachsen ist. Von einer Verdrängung des Kleinhandels ist also gar keine Rede, im Gegenteil, derselbe leidet an zu starker Ueberfüllung.

Nicht die Konsumvereine tragen die Schuld an einem etwaigen Niedergang des Zwischenhandels, sondern die ist in den Kreisen des Zwischenhandels zu suchen. Hier sollte endlich die besorgende Hand angelegt und Wandel geschaffen werden.

Ueber die Wohnungsnot in Leipzig bringen die Mitteilungen des Vereins für Innere Mission einen ganz verdäunigen Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Die Stadtverwaltung war genötigt, eine Menge Wohnungen für obdachlose Familien zu beschaffen, da die bisher vorhandenen sogenannten Exmittenhäuser nicht mehr genügen. In letzter Zeit sind nun auch noch mehrere Baracken in verschiedenen Stadtteilen errichtet worden. Daß diese Maßnahmen nur ein Nothbehelf waren, liegt auf der Hand. Ein auch nur einigermaßen befriedigendes Familienleben ist natürlich da nicht möglich, wenn mehrere Familien auf ein Zimmer angewiesen sind, oder wo, wie in den Baracken, die Geschlechter geschieden sind. Es wird daher von seiten der Inspektion dieser Exmittenhäuser auch darauf gedrungen, daß die betreffenden Familien sich möglichst bald eine eigene Wohnung beschaffen. Aber wo sollen sie sie finden? So manche Mutter geht wochenlang jeden Tag auf die Wohnungssuche und nimmt schließlich eine für die Verhältnisse der Familie zu teure Wohnung, obwohl sie sich sagt, daß sie in kurzer Zeit wieder herausgeht, wobei Manche Leute werden auf diese Weise geradezu Wohnungsarme. Manche Leute werden auf diese Weise geradezu Wohnungsarme. Manche Leute werden auf diese Weise geradezu Wohnungsarme. Manche Leute werden auf diese Weise geradezu Wohnungsarme.

Daß sich bei dieser gesteigerten Nachfrage auch die Preise der Wohnungen erhöhen, ist klar. Und doch würde mancher Familienvater selbst diese zu seinem Einkommen in gar keinem Verhältnis stehende hohe Miete zahlen, wenn er die Wohnung nur bestäme. Allein, sobald der Hausbesitzer hört, daß mehrere Kinder da sind, schlägt er das Gesicht rundweg ab. So kommt es, daß manche zahlreiche Familie trotz größter Mühe keine Wohnung findet. Ist das nicht ein schreiender Nothstand? Da kann es wohl geschehen, daß ein Familienvater zu einem Streiche getrieben wird, wie er in der That vorgenommen sein soll. Bevor der Mann am Morgen auf die Wohnungssuche ging, schickte er seine Kinder auf den nahen Friedhof, daß sie sich dort die Zeit vertrieben. Als er bald darauf von einem Hausbesitzer befragt wurde, wieviel Kinder er habe, antwortete er traurig: „Acht Kinder, aber sie sind alle auf dem Friedhofe.“ Auf diese Weise erhielt er die kleine Wohnung. Freilich auf lange Zeit hat er sie sicherlich nicht inne gehabt.

Aber nicht bloß sind die kleinen Wohnungen im Preise von 150 bis 250 Mk. überaus selten, sondern sie sind auch oft in einem überaus elenden Zustande, feucht, dunkel, ungesund. Zwar giebt es in Leipzig verhältnismäßig viel weniger Kellerwohnungen als in mancher anderen Großstadt, z. B. Berlin, aber trotzdem sind Wohnungen, die uns jammervoll erscheinen, in großer Zahl vorhanden, zumal in der inneren Stadt und überhaupt in älteren Häusern.

Die Bauthätigkeit wird ja durch die in diesem Winter herrschende gelinde Witterung erheblich gefördert. Ob aber im nächsten Sommer soviel Wohnungen fertig gestellt werden, um den Bedarf decken zu können, ist eine andere Frage. Sicherlich aber wird die Nachfrage gerade nach billigen Wohnungen nicht befriedigt werden. Nicht ohne erheblichen Einfluß auf die spätere Preisbildung der Wohnungen sind übrigens die Herstellungskosten der letzteren. Und diese haben seit mehreren Monaten eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Die Ziegelbesitzer der Umgegend haben sich nämlich die letzte starke Nachfrage nach Mauersteinen sehr zu nuzze gemacht und lassen sich geradezu ungläubliche Preise zahlen. Den Hauptvorteil von dieser Sachlage haben die Verleger der früher gebauten Mietshäuser. Sie können noch auf unabsehbare Zeit den in die Höhe getriebenen Mietzins wohlgefällig in die Tasche stecken.

Geschulvorträge für jedermann. Den zehnten und dreitlehnten Vortrag hielt am Montag Abend im Carolatheater Herr Privatdocent Dr. Stumme über Nordwestafrika. Der Redner begann seinen Vortrag mit der tröstlichen Versicherung, daß wir in Nordwestafrika keine Kolonien hätten, und daß es höchstens möglich wäre, daß Deutschland sein Stück für sich beanspruchen würde, wenn einmal Marokko aufgeteilt würde. Damit hatte der Vortragende dem sogenannten aktuellen Interesse Genüge geleistet und ging nun dazu über, zunächst die Bevölkerung Nordwestafrikas zu charakterisieren. Er skizzierte die ethnographischen Verhältnisse und gab Ausblicke auf die Geschichte und die geschichtlichen Umwälzungen, die die ethnographische Schichtung hervorgerufen haben. Weiterhin wurden die Hauptpunkte der politischen Geographie der verbarren Staaten Algerien, Tunesien, Tripolitaniens und Marokkos vorgetragen und endlich einiges über Klima, Bodenbeschaffenheit Pflanzen- und Tierwelt Nordwestafrikas gegeben. Der Vortragende verstand es, seinen Vortrag, der stellenweise durch rasches Hervorsprudeln einer Menge von fremden Namen etwas leblos wurde, hin und wieder durch die Erzählung charakteristischer



Büße aus dem Leben der Bevölkerung, die er gelegentlich mehrerer Reisen kennen gelernt hatte, zu beleben. Sobald er den trockenen Ton aufgab und Beobachtungen über die Lebensweise der Beduinen und Mauren vortrug, wirkte er bei weitem anschaulicher und anregender als durch die trockene Aufführung von Namen, die den Hauptteil seines Vortrags ausmachten.

**Innerhalb der beiden letzten Hochschulvorträge** für jedermann wird ein Tausch der Vortragsgegenstände eintreten. Herr Professor Dr. Marsch wird bereits Montag den 7. Februar über Nordamerika bis zu seiner Losreise von England sprechen, dagegen wird Herr Professor Dr. Wislicenus den angekündigten Vortrag: *Wie und was die Chemie wurde*, erst am letzten Abend, Montag den 14. Februar, halten.

**Von den Postunterbeamten.** Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die Reichspostverwaltung dem Verlangen der Budgetkommission des Reichstags nach Erhöhung der Gehälter der Postbeamten und Postunterbeamten zwar für das nächste Etatsjahr nicht mehr Folge geben werde, aber vorläufig eine Verbesserung in den Anstellungs- und Kündigungsverhältnissen dieser Beamtenklasse eintreten lassen werde. Die Verfügung hierüber ist bereits unterm 26. Januar ergangen und wird in der neuesten Ausgabe des Amtsbl. d. Reichspostverwaltg. veröffentlicht; sie lautet:

Bei der im Jahre 1895 erfolgten Verabfolgung der Frist für die Umwandlung der künftigen Anstellung der Unterbeamten in eine unkündbare war in Aussicht genommen, mit einer weiteren Abkürzung dieser Frist vorzugehen, sobald die Verhältnisse dies ermöglichten. Nach den inzwischen gemachten Erfahrungen bestimme ich, daß die künftige Anstellung der Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bei tabellarischer Führung allgemein acht Jahre nach der ersten etatsmäßigen Anstellung in eine Anstellung auf Lebenszeit umzuwandeln ist. Gleichzeitig wird, in Abänderung der Vorschrift im § 50 (Berichtigungs-297), Abschn. X, 2 der A. D. A., die für etatsmäßig angestellte Unterbeamte nach befristeter Probezeit vorbehaltene Kündigungsfrist von vier Wochen auf drei Monate ausgedehnt. Die Unterbeamten sind hiervon in Kenntnis zu setzen. Die kaiserlichen Oberpostdirektionen haben danach das Erforderliche zu veranlassen.

Wir freuen uns dieses Erfolges um so mehr, als wir ihn auf das Konto unserer Partei setzen können. Unsere Presse und unsere Fraktion im Reichstage waren es zuerst, die auf den unerhörten Zustand hinwies, der darin lag, daß etatsmäßige Unterbeamte auf vierwöchiger Kündigungsfrist standen und erst nach einer Gesamtdienstzeit von dreißig Jahren unkündbar angestellt wurden. Unsere Kritiker hatten 1895 den ersten Erfolg: die Frist bis zur unkündbaren Anstellung wurde auf 20—24 Jahre ermäßigt. Die jetzige Reform läßt die Unterbeamten nach circa 16—18 Jahre Gesamtdienstzeit in unkündbarer Stellung, im Vergleich zu der günstigeren Gestaltung der höheren Laufbahn immer noch lange genug.

**Die Lotteriegewinnausgabe der Leipziger Ausstellung** ist nunmehr geschlossen worden. Etwa 1000 Gewinne sind unabhörlieh geblieben, und damit dem Ausstellungsunternehmen zugefallen. Ihr Wert soll sich auf 6—7000 Mk. beziffern. Es soll nunmehr ein Auktionstag festgesetzt werden, an dem die herrenlosen Gewinne, sowie die in der Gartenbauhalle aufgespeicherten Pfänder zahlungsunfähiger oder wegen Platzmiete in Klage liegender Aussteller unter den Hammer kommen werden.

Ein in Holzhausen wohnender „glücklicher“ Gewinner schreibt:

Nach ich wurde mit einem Gewinn von der Ausstellung betroffen und bitte gleichzeitig um stilles Beileid. Auf mein Los war ein sogenannter 5 Mark-Gewinn gefallen. Ich bestellte mir das Ding beim Spediteur, bezahlte 2 Mk. Porto- und Verpackungskosten. Neugierig brach ich die Kiste mit dem „Gewinn“ auf und brachte ein Drahtgestell mit einem Glasbehälter an das Tageslicht. Mit einigen guten Willen kann man das „Ding“ für eine Blumenvase halten, die in gleicher Weise für eine Mark in jedem Wagon zu kaufen ist. — Also eine Mark kostet das Los, zwei Mark Unkosten — Summa: drei Mark. Ich bin geheilt!

Da braucht man sich über die hohe Zahl der Gewinner, die die Unkosten für den Transport u. ihrer Gewinne sparen, nicht zu wundern.

**Von den elektrischen Straßenbahnen.** Die Genehmigung zur Weiterführung der elektrischen Bahnlinie in Stötteritz bis zum Depot an der Holzhausener Straße steht für die nächsten Tage zu erwarten.

**Die Leipziger Elektrische Straßenbahn** hat im Januar 1896 997316 Personen befördert und 91930.20 Mk., darunter 4621.93 Mk. für Abonnements, vereinnahmt. Wegen der gleichen Monat im Vorjahre ergibt sich eine Mehrfrequenz von 356314 Personen und eine Mehrereinnahme von 30165 Mk.

**Die Geologische Gesellschaft in London** hat ihre große goldene Medaille für 1896 dem Geh. Bergrat Prof. Birkel in Leipzig verliehen.

**Ausfuhr nach Ungarn.** Kaufleute und Fabrikanten, die an der Ausfuhr nach Ungarn oder darüber hinaus beilässig sind, werden auf eine von der Handelskammer erlassene Bekanntmachung aufmerksam gemacht, laut deren sich Aussicht auf Berücksichtigung etwaiger Wünsche nach Frachtermäßigungen bietet, wenn diese Wünsche rechtzeitig eingereicht werden.

**Bereins- und Versammlungsstatistik.** Beim Polizeiamt zu Leipzig kamen im Jahre 1897 139 (1896: 135) Vereine, darunter 26 (25), die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen und daher dem § 19 ff. des Vereinsgesetzes unterstellt wurden, zur Anmeldung. Insgesamt sind im Vereinsregister des Polizeiamts 245 Vereine, die dem Vereinsgesetz unterstellt worden sind, eingetragen. Im vergangenen Jahre wurden 886 (1896: 765) öffentliche und 104 (189) Vereinsversammlungen, insgesamt 940 (964) Versammlungen polizeilich überwacht. Verbieten wurden 7, aufgelöst 4 Versammlungen, außerdem wurden 7 Vereine, darunter 2 Vergnügungsvereine, polizeilich verboten bez. aufgelöst.

**Zur Warnung für Fortbildungsschüler.** Ein Fortbildungsschüler in Chemnitz wurde vom Landgericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er mittels eines gefälschten Schreibens sein ungeredertigtes Fernbleiben vom Unterricht zu entschuldigen gesucht hatte.

**Der am 1. Februar fällige erste Termin der Staatsgrundsteuer** ist nach zwei Bemühungen von jeder Steuerbeiträge zu entrichten. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, ihre Steuerbeiträge nebst der städtischen Grundsteuer, die nach § 6 des Regulativs für die Gemeindefinanzen der Stadt Leipzig vom 26. März 1879 mit Eins vom Tausend des im Kataster eingestellten Grundwerts an demselben Tage fällig geworden ist, bis spätestens 14 Tage nach demselben an die bekannten Zahlungsstellen zu bezahlen.

Entgleist sind gestern bei der Einfahrt in den Bahnhof Meuselwitz die Lokomotive und ein Personenwagen des 12 Uhr 42 Minuten von hier nach Gschwitz-Meuselwitz abgehenden Personenzuges. Ein Unglück ist dabei glücklicherweise nicht vorgekommen.

**Verhaftung eines Diebstahls.** Wegen Unterschlagung ist vor kurzem der hiesige Vicekonsul der argentinischen Republik, Namens Müller, verhaftet worden, der bei Warenverkäufen für auswärtige Handelshäuser sich dadurch Geld zu machen wußte, daß er seinen Auftraggebern gegenüber behauptete, die Käufer hätten den vereinbarten Preis nicht voll bezahlt. In Wahrheit war aber ein Teil der Kaufsummen bei ihm selbst hängen geblieben, so daß der aus den Differenzen gezogene Gewinn schließlich zu der effektlichen Summe von 18 000 Mark angewachsen sein soll. Eine vorläufige Haftentlassung gegen Kautionsstellung in Höhe von 100 000 Mark ist abgelehnt worden.

**Leichenfindung.** Ein männlicher Leichnam wurde gestern nachmittag in der Pleiße bei der sogenannten Schwarzen Lache angeschwemmt. Wie aus einer bei dem Toten gefundenen Karte festzustellen war, handelte es sich um einen seit dem 12. Dezember vermißten Kaufmann aus Wandsleben, der in der hiesigen Beethovenstraße wohnte.

**Einen Selbstmord,** der nur durch das rechtzeitige Eingreifen des Chefmannes verhindert wurde, hat gestern nachmittag eine in der Dufourstraße wohnhafte Schneidergattin zu machen versucht. Krankheit soll das Motiv ihrer That gewesen sein.

**Einen Sturz** in den Keller eines Grundstücks in Brühl hat gestern Abend ein aus L. Thonberg stammender, 85 Jahre alter Privatmann getan. Die dabei erhaltenen Verletzungen waren so schwere, daß der nach dem Krankenhaus verbrachte Unglückliche noch in derselben Nacht verstorben ist.

**Ein 67jähriger Greis** ist gestern zufolge völliger Entkräftung auf der Duesstraße in L. Lindenau zusammengebrochen. Der Unglückliche, den man im Krankenhaus unterbrachte, ist ein schlechter Handarbeiter und befand sich — in diesem Alter noch! — auf der Wanderschaft.

**Ein Dieb in Lebensgefahr.** Das Polizeiamt macht bekannt: Am Montag Abend zwischen 6 und 7 Uhr ist von einem auf der Beier Straße etwa in Höhe der Sidonienstraße stehenden Handwagen außer einer Flasche Malton Lohayr noch eine weitere Flasche gestohlen worden, die mit der Giftdose Geyer u. Schumann versehen war und 1/4 flüssige Blutstillende Tinktur enthielt. Diese Tinktur ist nach Angabe des Bestohlenen, wenn sie in größeren Mengen genossen wird, von tödlicher Wirkung.

**f. Lichtmeh,** eines der vielen kirchlichen Marienfeste, das durch die nach der alten Sitte an diesem Tage geweihten Kerzen seinen Namen erhielt, hat im seltenen Gegenfall hierzu im Volksmunde eine durchaus andere Bedeutung.

Wie aus zahlreichen volkstümlichen Sprüchen und Bellerregeln, besonders der Bauern, hervorgeht, ist nämlich der Tag der Lichtmeh ein Tag, an dem man aber alles andere als Licht und Lichtesglanz zu sehen wünscht, und selbst das uns unentbehrliche größte Licht, das unserer Erde leuchtet, die Sonne, arg verpönt ist. Sagt man doch, daß ihr Erscheinen an diesem Tage nichts Gutes zu bedeuten habe und uns in diesem Falle noch ein langer Winter beschieden sein werde.

Angenommen aber, daß der Volksmund mit seinen geheimnisvollen Prophezeiungen recht hätte, so könnten wir heute mit dem Wetter einmal ausnahmsweise voll auf zufrieden sein. Und wenn es also wirklich bald besser werden soll, so wollen wir diesen einen schlechten Tag gern noch mit in den Kauf nehmen.

### Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 1. Februar.

**In schlechte Gesellschaft geraten.** Der 22 Jahre alte Kaufmann Heinrich Joseph Wako aus Friedeb. in Desterreich war bei der Holzhandlung von R. u. Co. in Dresden für Leipzig und Umgegend thätig. Er erhielt 2000 Mk. pro Jahr Gehalt und 1 Prozent vom Umsatz. W. kam in leichte Gesellschaft, lebte flott und verwechselte dabei Wein und Wein. Vom 19. Juni bis 13. September v. J. kassierte W. bei dem Zimmermeister S. in Reudnitz sechs Beträge von zusammen 2751.50 Mk. und außerdem noch kleinere Posten in Höhe von 468.46 Mk. Das Geld vermohelte er mit seinen Kneipgesellschaftern und ergriff schließlich die Flucht. Die IV. Strafkammer verurteilte W. wegen Unterschlagung zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis und requierte einen Monat der Untersuchungshaft auf die Strafe an.

### Öffentliche Sitzung der Handelskammer

am Dienstag den 1. Februar.

In Bayern, Württemberg und für die Grenzorte Oesterreichs ist eine Ermäßigung der Fernspreckgebühren eingetreten. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat es abgelehnt, eine bessere Zugverbindung zwischen München und Hamburg über Hof-Leipzig zu schaffen, da ein Bedürfnis zur Zeit nicht vorliegt. Dagegen hat sie sich bereit erklärt, in Zukunft an bestimmten Tagen vor Beginn der Wexsen direkte Wagen zwischen Amsternburg-Leipzig auf der Linie Arnheim-Eumrich einzustellen.

Herr Handelskammerpräsident Zweiniger berichtete über die in Dresden abgehaltene außerordentliche Präsidialkonferenz, die über die Uebertragung der Befugnisse der Handwerkerkammer auf die Gewerbetreibenden beraten hat. Herr Zweiniger hat im Einverständnis mit der Handelskammer sich gegen die Vergrößerung des hiesigen Handels- und Gewerbetreibendenbezirks ausgesprochen. Seiner Auffassung nach wird die Kammer sich noch einmal mit der Sache zu befassen haben.

Zur Frage der Errichtung einer Handelsfachschule kam Herr Zweiniger auf die Verordnung des Ministeriums zurück und bemerkte, daß das Ministerium einen Staatszuschuß von 5000 Mk. zugesichert hat und daß es sich notwendig machen werde, mit der Universität in dieser Frage zu verhandeln.

Die Bollbeschränkung wollte die Expeditionszeit der Bollabfertigungsstelle beim Postamt 10 für Sonntags von 10—12 Uhr auf 8 bis 9 Uhr früh verlegen. Der Verkehrs- und Steuerzuschuß empfiehlt nach Anhörung der Interessenten die Verlegung nicht zu befürworten. Die Kammer trat diesem Vorschlage bei.

Derselbe Ausschuß empfahl in einem Gutachten an das Ministerium die Ermäßigung des Eingangszolltarifs auf Waarell zu befürworten. Die Kammer hieß diesen Vorschlag gut.

Das Ministerium hat am 10. Januar eine Verordnung erlassen über die Vereinfachung des Geschäftsverkehrs der Kreisbauernschaften mit den ihr untergeordneten Behörden und amtlichen Stellen, sowie über den Verkehr mit dem Ministerium. Die 14 Paragrafen umfassende Verordnung verlangt, daß die Behörden sich einer wesentlichen Vereinfachung des Schreibwesens befleißigen, Pöflichkeitskosten weglassen, lange Besprechungen auf

kurze Resolutionen beschränken und auherben prüfen, ob mit der Schreibmaschine nicht wesentliche Arbeitsvereinfachungen geschaffen werden können. Das Ministerium will eventuell Schreibmaschinen beschaffen. Weiter soll im inneren Verkehr der Gebrauch der Stenographie mehr wie bisher gepflegt werden. Diese Verordnung trifft auch die Handelskammer und wird die Handelskammer sich dieser Verordnung anpassen.

Am 8500 Interessenten der Textilbranche ist eine Umfrage veranstaltet worden, ob es sich empfehle, für die Textilbranche eine Vor-Mustermesse zu etablieren. Das Resultat ist ein durchaus ablehnendes. Von den 8500 Firmen haben nur 564 Firmen geantwortet und sich von diesen wieder nur 133 Firmen für die Schaffung einer Vor-Messe entschieden. Das Resultat soll dem Rat der Stadt mitgeteilt werden. Die Kammer nahm diese Mitteilung mit Resignation entgegen und hielt dann eine nichtöffentliche Sitzung ab.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Ausführungen des Genossen Richard Calwer in der Wirklichen Wochenchau vom Sonnabend über Kaffeepreise und den Kleinhandel veranlassen mich zu einigen Bemerkungen weil jene mit den Thatsachen nicht ganz übereinstimmen.

Ebensind die Kaffeepreise im Kleinhandel jetzt durchgängig um 40 Pfg. per Pfund niedriger als vor dem Preissturz und zweitens liegt es zum Teil am Publikum selber, wenn es nicht von den billigeren Preisen verspürt, denn wenn man den Käufers dieselbe Sorte Kaffee, die früher z. B. 1.60 per Pfund kostete, jetzt mit 1.20 per Pfund anbietet, so läßt sich nur ein geringer Teil dazu herbei, eine Probe zu machen. Es heißt ganz einfach: „Nein, geben Sie mir nur den guten.“ Selbstverständlich bekommen die Käufer für diesen Preis jetzt eine bessere Sorte als früher, so daß von einer unverschämten Ueberschätzung der Käufer nicht gesprochen werden kann.

Wenn Genosse Calwer weiter erklärt, daß eine Sorte Kaffee auf 27 Pfg. per Pfund im Großhandel heruntergegangen ist, so hätte er nicht dürfen außer acht lassen, daß auf dieser allergeringsten und schlechtesten Sorte Kaffee ein Zoll von 20 Pfg. per Pfund liegt, genau wie bei den besten und teuersten Sorten, ebenso sind Frucht und sonstige Speisen, wie der Verlust beim Rösten in Betracht zu ziehen. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß nicht der Kleinhandel die immerhin noch große Differenz in die Tasche steckt, sondern es sind die großen Kaffeeröstereien, die dem Kleinhandel nur bestimmte, nicht allzu hohe Projekte überlassen, die aber bei dem Selbstabverkauf der großen Kaffeeröstereien auch noch in die Taschen der letzteren fließen, also nicht dem Publikum zu gute kommen.

Belegt noch eine Frage: Wie kommt es, daß der Magwitzer Konsumverein seinen Mitgliedern die besseren Sorten Kaffee auch nicht billiger verkaufen kann, als die Kleinhändler? Zwar können die Mitglieder im Lager eine Sorte Kaffee schon für 60 Pfg. per Pfund erhalten, allerdings auch nur, soweit derselbe reicht. Es ist aber aus allen Sorten ausgelesene, z. B. kränke und halbe Bohnen und dergleichen, also Kaffee, der in den Geschäften überhaupt nicht erhältlich ist. Clara Wehmann.

Rat der Stadt Leipzig! Erbarme Dich der Bewohner der Wörth- und Weihenburgstraße. Sie bleiben stecken bei Regenwetter im Schlamm und Morast unter dem Tunnel der Verbindungsbahn zu Anger, Zweinaundorfer Straße.

### Von Nah und Fern.

Sturmnachrichten.

**Bremen, 1. Februar.** Gestern Abend sind bei dem Sturm 5 Arbeiter auf der Beier durch Kentern des Bootes ertrunken.

Die Rettungsstation Warnemünde telegraphiert: Am 31. Jan. wurden von zwei in hilfloser Lage befindlichen Schiffen, dem Hamburger Schleppdampfer Jychoe und dem Hamburger Leichterhiff Hanja, von ersterem 5, von letzterem 4 Personen durch das Rettungsboot der Oststation gerettet. Festiger Nordweststurm.

Die Rettungsstation Drauske telegraphiert: Heute wurden von dem beim Wittower Posthause gestrandeten, mit Holz von Kolberg nach Habersleben bestimmten Schoner Herrmann und Maria (Kapitän Maehl) 8 Personen durch das Rettungsboot Eduard Engel gerettet.

**Wetzl, 1. Februar.** Auf einer benachbarten Biegelei fanden gestern 3 Arbeiter den Tod, als durch den Sturm das Dach der Biegelei abgedeckt wurde.

**Budapest, 1. Februar.** Infolge des stattgehabten furchtbaren Sturmwetters wurden 2 Personen getötet, 3 lebensgefährlich und 8 schwer verletzt. Zahlreiche Häuser sind verwaist.

**Gomo (Norditalien), 1. Februar.** Infolge Sturmwetters sind heute in der Umgegend zwei Spinnereten eingestürzt. Die eine ist in Oggiono, wo 8 Arbeiter umkamen und noch weitere unter den Trümmern vergraben sind. Die Rettungsarbeiten sind im Gange. Die andere Spinneret ist die von Cesana di Brianza, wo zwei Arbeiter umkamen. Nach beiden Orten ist Hilfe abgegangen.

Wolffs Bureau meldet noch: Bei dem Einsturz der Spinneret in Oggiono sind 5 Arbeiterinnen ums Leben gekommen; 12 Arbeiterinnen wurden verletzt, 8 von ihnen schwer. Beim Einsturz der Spinneret in Cesana di Brianza haben 2 Arbeiterinnen das Leben verloren, 8 sind verletzt worden, darunter ebenfalls 3 schwer. Auch in Manzanico ist das Dach einer Spinneret eingestürzt und hat eine Anzahl Personen verschüttet; Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Auch sonst wird noch über das Einstürzen von Häusern berichtet, Personen sind jedoch nicht verletzt worden.

**Kopenhagen, 1. Februar.** Ein heftiger Orkan hat in Jütland, Laaland und Halster große Ueberschwemmungen und Verkehrsstörungen verursacht. Viele Menschen sind verunglückt.

**Schiffswrack.** Nach einem Londoner Telegramm hat der Postdampfer Channel Queen bei Guernsey Schiffbruch gelitten. Der Kapitän ist gerettet; man befürchtet, daß 30 Personen umgekommen sind. Weiteren Nachrichten zufolge scheint der Verlust an Menschenleben beim Schiffbruche des Postdampfers Channel Queen doch größer zu sein als bisher gemeldet wurde. Von den 63 an Bord befindlichen Personen sind bisher nur 13 amtlich als gerettet gemeldet worden. Die Fahrgäste waren fast ausschließlich französische Zwiebelverkäufer aus Saint-Brieuc.

**London, 1. Febr.** Nach einer beim Hoch eingegangenen Drahtmeldung aus Port Elizabeth ist die deutsche Bark Franz, von Ost-London nach Raugson unterwegs, am Sonntag untergegangen. Der erste und der zweite Offizier sowie ein Matrose seien ertrunken, die übrigen in Alexandria gelandet.

**Braunschweig, 1. Februar.** Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, führte beim Brande eines Arbeiterhauses bei Wolfenbüttel die Brandbrenner ein und verschüttete drei Personen; zwei sind tot, die dritte ist tödlich verletzt.

**Berlin, 1. Februar.** Ein Einbruchsdiebstahl im Hohenzollernmuseum, der am 17. Februar v. J. verübt wurde, hat sich am Dienstag nach der vor der 4. Strafkammer geführten Verhandlung als die That eines G e i s t l i c h e n herausgestellt. Gegen den Thäter, den 23jährigen Kaufmann Adolf K a h aus Forzheim, lagen außer jenem Diebstahl noch zahlreiche andere Straftaten vor, die in Karlsruhe, Rastatt und Mannheim verübt sind und sich auf dem Gebiete der Bedruckerel bewegten. Er wurde auf Grund des ärztlichen Gutachtens, das ihn für irrsinnig erklärte,







Reichstag.

80. Sitzung. Dienstag, den 1. Februar.

Am Bundesratsstische: Niederding; v. Bobbelski.

Die zweite Staatsberatung wird beim Reichsjustizamt fortgesetzt. Die Diskussion über den Titel Staatssekretär — das Gehalt soll von 24000 auf 30000 Mk. erhöht werden — dauert noch fort. Abg. Dr. Bieschel (nat.-lib.): Im Jahre 1900 tritt das neue Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft. Den Richtern muß Zeit und Gelegenheit geschaffen werden, sich mit seinen Bestimmungen eingehend vertraut zu machen. Aus diesem Grunde wünsche ich, daß zu ihrer Entlastung besoldete Assessoren in ausreichender Zahl als Hilfsrichter eingestellt werden.

Staatssekretär Niederding: Die Zeit zur Vorbereitung auf das Bürgerliche Gesetzbuch ist in der That sehr kurz. Was von meiner Seite geschehen kann, um den Richtern den Uebergang zu erleichtern, wird geschehen. Die Wünsche des Vorredners müssen aber den Landesjustizverwaltungen und den einzelnen Landtagen vorgelegt werden.

Abg. Herbert (Soz.): Ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, ob er geneigt ist, bei den verbündeten Regierungen eine Ergänzung des Reichspressgesetzes zu beflworten, die nach neueren gerichtlichen Entscheidungen notwendig geworden ist. Nach § 8 des jetzigen Pressgesetzes ist es den einzelnen Regierungen gestattet, besondere Vorschriften über Plakate, Anzeigen etc. zu erlassen. Nun haben früher die Gerichte stets anerkannt, daß sich diese Vorschriften auf periodische Erscheinungen, Druckschriften etc. nicht beziehen dürfen, weil nach § 1 die Presse nur denjenigen Beschränkungen unterliegen soll, die durch Reichsgesetz selbst eingeführt sind. Ich habe die Verhandlungen durchstudiert und habe nirgends gefunden, daß man, als man diese Ausnahmebestimmung zuließ, daran gedacht hat, daß die Presse auch die Bestimmungen über das Plakatwesen und die Verteilung von Anzeigen mit empfinden könne. Selbst Stettiner Richter, die schon das Wort „im Kampf für Freiheit und Recht“ als groben Unsinz mit einer Woche Haft bestrafen, haben erklärt, daß die Bestimmung des § 8 nicht auf periodisch erscheinende Druckschriften Anwendung finden könnte. Aber wozu ist denn schließlich das Kammergericht da? Da ist eine Entscheidung unter dem Vorhild des jetzigen Präsidenten und früheren Staatsanwalts Großschiff vor wenigen Wochen ergangen, die alle bisher bestehenden Rechtsverhältnisse über den Kaufen wirft. Danach kann die öffentliche und unentgeltliche Verteilung einer Druckschrift bestraft werden, wenn ein Aufruf in ihr enthalten ist. So ist die Unkenntnisbestimmung des in meiner Druckerlei hergestellten Volksboten in Stettin als Aufruf verboten worden. In einem anderen noch schwebenden Prozeß ist der Leitartikel, weil darin namentlich zu den Reichstagswahlen aufgefordert wird, als Aufruf erklärt worden, und insoweit ist die öffentliche Verbreitung strafbar. Schließlich wird noch in jedem Inserat ein Aufruf gefunden und die Verbreitung verboten. Zunächst richten sich diese Maßnahmen gegen die Sozialdemokraten, aber auch andere Parteien können einmal gefaßt werden. Die doppelte Buchführung im Recht erzeugt Verwirrung, deshalb muß das Pressgesetz einen Aufzug erhalten: Auf periodisch erscheinende Druckschriften finden die Ausnahmebestimmungen keine Anwendung.

Wie sieht es ferner mit der Ausdehnung des Reichspressgesetzes auf Klafz-Vorträgen, wo noch immer die unwürdigen Pressbestimmungen aus der Zeit der französischen Herrschaft gelten? Noch ein Wort über das Gefängniswesen. In Stettin besteht noch die Fensterleude, eine Einrichtung, die seit 50 Jahren als Barbarei erklärt und in den anständig geleiteten Gefängnissen wie in Berlin längst abgeschafft ist, sie schädigt das Augenlicht, die Sonne dringt nie in die Zellen. Die Maßregel quält nur die Gefangenen, und der Bundesrat muß für ihre Beseitigung sorgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Niederding: Solden Unzulänglichkeiten wird abgeholfen werden, wenn die Vereinbarungen des Bundesrats, die auch Bestimmungen über die Beschaffenheit der Gefängniszellen enthalten, zur Durchführung kommen. — Eine Revision des Reichspressgesetzes ist zur Zeit noch nicht durchführbar, weil uns vorläufig dringendere Aufgaben beschäftigen.

Abg. Dr. Bartsch (freif. Vp.) hält auch eine Revision des Pressgesetzes nicht für bringlich. Die reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzuges sei notwendig und könne wohl gleichzeitig mit der Revision des Strafgesetzbuchs erfolgen. Inzwischen müßten aber solche Fälle, wie sie hier erwähnt habe, vermieden werden, und wenigstens bei Vergehen, die nicht auf gemeine Bestimmung schließen lassen, eine bessere Behandlung eintreten.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Mit der Humanität beim Strafvollzuge gehe man vielfach zu weit. Manche Provozierungen, z. B. Majestätsbeleidigungen, halte er für gemeine Verbrechen, die auch als solche bestraft werden müßten. Daß die Gesundheit in den Gefängnissen leide, sei doch ganz natürlich. Die Rücksichtnahme auf den Beruf der Gefangenen könne nicht so weit gehen, daß Redakteuren gestattet würde, in der Nähe des Gefängnisses ihre aufreizende Tätigkeit, derenwegen sie verurteilt seien, fortzusetzen. Er sei also eher für eine Verschärfung der Strafvorschriften. (Lachen links.)

Abg. Stumm (freif. Vp.) protestiert gegen die Neuherung des Abg. Stumm, daß Pressdelikte und Majestätsbeleidigungen die gemeinsten Verbrechen wären, gerade diese einsprängen im Gegenteil meist aus idealer Gesinnung, die Majestätsbeleidigung besage die Gesetgebung ausdrücklich als nicht christliches Verbrechen. Um den Strafvollzug milder zu gestalten, brauche man ihn nur der Bewusstseinsbildung durch Richter zu unterstellen. Die Staatsanwälte hätten dafür kein Verständnis. — Wir haben im vorigen Jahre einen Antrag auf Revision des Strafrechts gestellt. Ich habe diesen damals durch die Willkürlichkeit, die sich die Irrenärzte angeblich den Irren gegenüber zu schulden kommen lassen, begründet. Es herrscht unter den Irrenärzten ein maßloser Dünkel, der dahin führt, daß schließlich kein Mensch mehr davor sicher ist, für irrsinnig erklärt zu werden. Redner geht dann auf eine Anzahl einzelner Fälle ein, in denen nach seiner Meinung gesunde Menschen in eine Irrenanstalt gesperrt wurden. Er findet den Grund dieser Uebelstände in der alleinigen Entscheidung der Irrenärzte über die Aufnahme und wünscht eine gesetzliche Regelung der Aufnahmebedingungen durch ein Kollegium, das sich aus Ärzten, Richtern und Laien zusammensetzt.

Präsident v. Buol macht die Mitteilung, daß ein Antrag Lieber eingelaufen ist, von der geforderten Summe der Besoldung des Staatssekretärs 6000 Mk. zu streichen und den Titel nur in Höhe von 24000 Mk., im übrigen unverändert zu bewilligen.

Abg. Dr. Krufe (nat.-lib.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Benzmann bezüglich der Irrenfrage.

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Ich will auf die Ausführungen des Abg. Benzmann und des Herrn v. Stumm nicht eingehen, ob-

gleich ich gerade durch sie in die Zeiten des sogenannten Kulturkampfes zurückversetzt wurde, da man den Erzbischof von Köln mit Strohschlechten beschuldigt hat. Dieses Strohschlechten hat sich allen katholischen Herzen so tief eingedrückt, daß alles, was man über die Humanität des Strafvollzuges sagen kann, an ihnen abprallt.

Zur Begründung meines Antrages bemerke ich nur, daß wir seiner Zeit für die Erhöhung des Gehaltes des Staatssekretärs unter der Voraussetzung eingetreten sind, daß auch das Gehalt der Landrichterräger aufgebessert werde. Diese soll nun aber nach einer Erklärung der Regierung in der Budgetkommission erst im nächsten Jahre erfolgen. Meine politischen Freunde sind jedoch entschlossen, diese beiden Gehaltsaufbesserungen nur gemeinsam zu bewilligen.

Abg. Dr. Vangerhaus (freif. Vp.): Der Vorschlag des Abg. Benzmann in Bezug auf die Entscheidung über die Aufnahme in eine Irrenanstalt ist einfach unausführbar. (Mahl Sehr richtig!) Gewiß würden einfachere Vorrichtungen der öffentlichen Meinung mehr genügen, aber man muß doch stets bedenken, daß der eventuelle Schaden, den die Irrenärzte anrichten, einfach nicht in Betracht kommt gegenüber dem Unheil, das eine Einschränkung ihrer Wirksamkeit zur Folge haben würde. (Bravo!)

Abg. Auer (Soz.): Ich bitte, auf diesen Punkt nicht näher einzugehen, da er mit dem Justizetat sehr wenig zu thun habe.

Abg. Auer (Soz.): Ich will das hohe Haus nicht wieder ins Gefängnis bringen. (Große Heiterkeit.) Ich will nur auf einige Neuherungen erwidern, die hier gefallen sind.

Der Abg. Freilher v. Stumm hat die Behandlung in den Gefängnissen und den Strafvollzug überhaupt viel zu milde gefunden. Er ist der Meinung, daß man einer ziellosen Presse gegenüber streng verfahren müsse. Er wird mir aber das eine doch zugeben müssen: die Post rechnet er doch nicht zu der ziellosen Presse; und sollte es Herrn v. Stumm nicht bekannt sein, daß auch Redakteure der Post schon mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen sind? Auch Freilher v. Stumm selber ist nicht allezeit vom Strafrichter verschont geblieben; und er gehört doch sicher nicht zu den ziellosen Leuten; freilich, er hat es gut; bei seinem Einfluß an maßgebender Stelle ist er der Bannbrüder sicher, wenn er einmal mit dem Strafgesetz nicht ganz harmonisiert. (Heiterkeit.)

Von Seiten der Bundesratsmitglieder ist mir gestern erwidert worden, daß die von mir angeführten Thatsachen wahrscheinlich auf falsche Verichterstattung zurückzuführen sind. Selbst zugegeben, daß alle diese Fälle so falsch wären, als ich sie für richtig halte, bis mir der Gegenbeweis erbracht wird, so würde das an der Thatsache absolut nichts ändern: daß die Pressirer heute durchaus wie die gemeinen Verbrecher behandelt werden. Das konnte der Herr Staatssekretär doch nicht in Abrede stellen; er mußte zugeben, daß alle diese Dinge heute passieren können, ohne daß damit irgendwiewegen die Gesetze verstoßen wird. Und das ist eben das Einzige, worauf es hier ankommt.

Da ich gestern gefragt worden bin, warum ich mit den einzelnen Dingen nicht lieber direkt an die zuständigen Stellen gewandt habe, so will ich mit einigen Worten darauf erwidern; und zwar muß ich da einen rein persönlichen Grund anführen. Wenn meine Fraktionskollegen es vernehmen, mit den Herren Ministern in direktem Verkehr zu treten, so geschieht das durchaus aus Rücksicht auf das persönliche Fortkommen dieser Herren. (Große Heiterkeit.)

Wir wissen, daß es Organe giebt, die die Personen der Herren Staatssekretäre scharf übermachen und alles benutzieren, was ihnen irgendwie auffällig oder verdächtig scheint. Wenn wir wissen, daß da z. B. einmal der Abg. Richter auf einen dieser Herren zutrifft, ihm ein freundliches Wort sagt oder gar einen Händedruck tauscht (Abg. Richter: Habe ich nie gethan! Kurz: Sie meinen wohl Richter! Heiterkeit.) — natürlich Richter — und wenn wir weiter wissen, daß von all diesen Herren kein einziger mehr anwesend ist (große Heiterkeit), wie können Sie dann von uns erwarten, daß wir so hochhaft und niederträchtig sein werden, mit den Exzellenzen dann noch in Verbindung zu treten? (Heiterkeit.) Und gerade dem Staatssekretär des Justizamts gegenüber, dessen Amtsführung wir wiederholt lobend anerkannt haben, haben wir am allerwenigsten Neigung, seine Amtsthatigkeit voreilig zum Abschluß zu bringen. (Heiterkeit.) Gerade das wir wissen: es kommt selten etwas Besseres, das hat uns veranlaßt, nichts zu thun, was ihm irgendwie gefährlich werden könnte. (Heiterkeit.) Denken Sie doch daran, welches die schlimmste That ist, die dem Grafen Caprivi noch immer und immer von der konservativ-agrarischen Presse vorgehalten wird: Daß wir Sozialdemokraten mit für den russischen Handelsvertrag, für den man ja weit höheren Preis sich interessiert hat, gestimmt haben. Unter diesen Umständen werden Sie begreifen, wenn wir von einem mündlichen und schriftlichen Verkehr mit den Ministern möglichst absehen. Außerdem liegt zwischen der zweiten und dritten Lesung eine lange Zeit, da können die Herren Minister sich orientieren.

Nun zu dem sächsischen Generalstaatsanwalt Rüger. Er hat zwar behauptet, daß im Falle Schulze der Sachverhalt etwas anders liege, als ich ihm dargestellt habe, ist den Beweis aber schuldig geblieben. Er hat zugegeben, daß Schulze von Hohened nach Dresden mit zwei Ketten gefesselt transportiert worden ist und hat nur angeführt, daß der Herr kurze Zeit vorher Bäckerlehrling gewesen sei. Das mag sein, ich weiß es nicht. Will man aber daraus ableiten, daß sich alle, die früher Bäckerlehrlinge gewesen sind, eine unredliche Behandlung gefallen zu lassen haben? (Große Heiterkeit.) Soll der Umstand, daß jemand ein eheliches Handwerk gelernt hat, schon genügen, um ihn, wenn er nachher Redakteur wird, wie einen Verbrecher in Ketten zu schlagen?

In allen Parteien hier sitzen ja frühere Handwerker. Der Abg. Mehner vom Centrum ist Kaminsieger, ich war Sattler, mein Freund Webel Drechsler. Oder wollte Herr Rüger sagen, daß die Bäckermeister ihre Lehrlinge so brangalieren, daß diese nachher nicht so empfindlich gegen schlechte Behandlung sind? (Stürmische, allseitige Heiterkeit.) Herr Rüger hat dann weiter gesagt, der Transport habe am dunklen Morgen begonnen und in der Abenddunkelheit geendet. Da muß es ja beim Transport sächsischer Gefangener ganz wunderbar zugehen. Hohened liegt von der Bahnstation Stollberg eine kleine halbe oder auch eine gute halbe Stunde entfernt. Freund Schippel, der in Hohened längere Zeit studiert hat (große Heiterkeit), erinnert sich daran nicht mehr genau. Die kürzeste Fahrzeit von Stollberg nach Dresden dauert 3 Stunden 55 Min., die längste 4 Stunden 23 Min. (Hört! hört!); der erste Zug geht um 5,32 vormittags von Stollberg weg und ist um 9,27 vormittags in Dresden. Der Transport ging im Hochsommer, im August, vor sich. Alle vier Verbindungen von Stollberg nach Dresden fallen in eine Zeit, zu der es weder beim Abgang noch bei der Ankunft des Transportes dunkel ist. (Große Heiterkeit links.) Es ist ja möglich, daß die Herren unterwegs liegengeblieben sind, sonst ist es unmöglich, daß sie in der Dunkelheit abgegangen oder angekommen sind. Herr Rüger hat seine Ausführungen also gemacht ohne Rücksicht auf den Staatsbahnbahnhof. (Große Heiterkeit.) Herr Rüger hat weiter auf den Fluchtverdacht hingewiesen, unter

dem Schulze sich befand. Einen durchschlagenden Grund für den Fluchtverdacht aber hat er nicht angeführt. Der Umstand, daß ein Deutscher, vor allem ein sächsischer Gericht sagt: „Du sozialdemokratischer Redakteur bist fluchtverdächtig, wir sperren dich auf alle Fälle ein, auch wenn du nachher freigesprochen wirst, damit du wenigstens etwas wegbekommen hast“, gilt nicht für mich. Nur zum letzten Einwurf. Die Thatsache, daß Schulze mit zwei Ketten gefesselt wurde, konnte Herr Rüger nicht in Abrede stellen. Was führt er an? Es war ja nur eine leichte Kette, sie wog bloß ein halbes Pfund! Mit Bleikugeln war Schulze allerdings nicht belastet, das habe ich auch gar nicht behauptet, aber ich sehe hieran, wie sehr unsere Auffassungen auseinandergehen. Herr Rüger hätte möglicherweise eine Kette von 15 oder 20 Pfund für nicht angemessen erklärt, hier aber liegt das zu verurteilende Moment in der Thatsache der Fesselung. (Sehr richtig! links.) Das ist es, was jeden Menschen empören muß, wenn er nicht zufällig sächsischer Bundesbeamteter ist. (Stürmische Heiterkeit.)

Nun noch zu dem württembergischen Bevollmächtigten. Meine Quelle ist das leitende Organ der schwäbischen Volkspartei. Die schwäbische Volkspartei ist ja jetzt so angefallen, daß sie selber den Präsidenten für die schwäbische Kammer stellt. Wenn ihr Organ so unzuverlässig sein sollte, wie der schwäbische Bundesbevollmächtigte behauptet, so mag ich mich dem gegenüber sein Urteil an. Ich meine aber, der Beobachter ist Manns genug, um sich selber mit Herrn v. Schäder auseinanderzusetzen, und ich hoffe, daß es dabei keine Schwabenstreiche giebt. (Große Heiterkeit und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Niederding: Die wegen Provozierungen Verurteilten können doch nicht besser behandelt werden, als andere Gefangene, das würde ja Ihren Grundsätzen der Gleichheit widersprechen. Die Sorge um mein Wohl kann der Abg. Auer mir überlassen. Was er sagte, war wohl nur ein Scherz, der einer ernstlichen Sache nicht ganz angemessen ist.

Sächsischer Bevollmächtigter Generalstaatsanwalt Dr. Rüger: Ich habe dem Herrn Schulze keinen Vorwurf daraus gemacht, daß er früher Bäckerlehrling war, ich habe das nur zur Charakterisierung seiner Persönlichkeit angeführt. (Stürmische Heiterkeit links.) Ich meine, er hätte besser gethan, wenn er bei seinem ehelichen Handwerk geblieben wäre. Ich muß es ablehnen, mit dem Abg. Auer darüber zu diskutieren, ob die Behörden pflichtgemäß gehandelt haben. Es steht fest, daß der Transport in der Dunkelheit begonnen hat, da die Strafkammerverhandlungen in Dresden sehr zellig, um 8 oder 9, beginnen. Die Dunkelheit war auch nicht der einzige Grund, der zweite war der Fluchtverdacht. Ich hatte noch 17 Monate zu verbißen. Wenn Sie mir einen Vorschlag machen wollten, wie ein Gefangener im Dunkeln anders als gefesselt transportiert werden kann, so machen Sie ihn, ich bin der Belchrung zugänglich. Nach meiner Meinung ist in dem Falle durchaus korrekter verfahren worden.

Württembergischer Bevollmächtigter v. Schäder: Der Abg. Auer hat mir ein Duell mit dem Beobachter empfohlen. (Große Heiterkeit.) Wenn seine Beobachtungen alle richtig wären, würden sie gewiß schon im württembergischen Landtage zur Sprache gebracht worden sein.

Abg. Graf v. Stolberg (deutschkons.) erklärt sich gegen den Antrag Lieber.

Abg. Benzmann (freif. Vp.) weist den Vorwurf des Abg. Krufe zurück, daß er unbedingte Angriffe gegen die Irrenärzte erhoben habe. Ein Teil der Irrenärzte hält sich für unschulbar. In Schweden, Frankreich u. s. w. habe sich die vorgeschlagene Ueberwachungskommission sehr gut bewährt.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath: Der jetzige Zustand ist zweifellos verbesserungsbedürftig. Vor allem ist eine sehr verschärfte Beaufsichtigung der Privatirrenanstalten durch den Staat geboten. (Abg. Bebel: Sehr richtig!)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Herr Stumm wird Herrn Auer ein andermal antworten. Der Antrag Lieber ist uns nicht genehm, wir sind gegen solche Handelsgeschäfte.

Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) spricht für den Antrag Lieber. Die Regierung hat durch andauerndes Schweigen unsere Hoffnung, daß sie Resolutionen vom vorigen Jahre ernsthaft zu erfüllen gewillt ist, zu Schanden gemacht, daher müssen wir uns auch heute gegen die Ueberdilligung aussprechen.

Abg. Lieber (Centr.): Herr Kardorff spricht von Handelsgeschäften. Ich verstehe den Zusammenhang nicht. Sprach nicht der konservative Herr v. Werbed das Wort: kein Kaniz, keine Kämpfe! (Sehr gut!)

Abg. v. Kardorff: Herr v. Werbed hat das nur für seine Person gesagt.

Die Diskussion wird geschlossen. Das Gehalt des Staatssekretärs wird nach dem Antrag Lieber auf 24000 Mk. festgesetzt. Für die Erhöhung stimmen nur die konservativen Parteien. Der Rest des Justizetats wird ohne Debatte bewilligt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr: Postetat.

In der Budgetkommission stand am 1. Februar der Kolonialetat zur Beratung. Prinz Arenberg (Centr.) fragt an, wie es mit der Strafrechtspflege in den Kolonien stehe. Unterstaatssekretär v. Nitzthofen erwidert, daß eine Vorlage durch den Kolonialrat ausgearbeitet und den Kolonialverwaltungen zur Begutachtung überwiesen sei.

Hoffe erwidert die Frage der Deportation von Gefangenen nach den Kolonien. Es wird ihm erwidert, daß die Frage bereits gestern in der Plenarsitzung des Reichstags zur Sprache gekommen sei.

Hammacher hält es für wünschenswert, daß die Verhandlungen des Kolonialrats über die Frage dem Reichstage zugänglich gemacht werden und spricht sich gegen die Deportation aus.

Rabyl (Centr.) und v. Massow (kons.) sind für die Deportation. Der anwesende Major Leutwein, Landeshauptmann von Südwestafrika, setzt die Gründe auseinander, die seines Erachtens gegen die Deportation sprechen.

Graf Arnim (Vp.) billigt diese Gründe. Hammacher hebt hervor, daß in Bezug auf Neuguinea mit England ein Vertrag besteht, wonach eine Deportation dorthin unzulässig ist.

Nachdem sich Groeber (Centr.) und Prinz Arenberg lebhaft gegen die Deportation ausgesprochen haben, bestatigt Unterstaatssekretär v. Nitzthofen, daß mit England ein Vertrag abgeschlossen sei, wonach nach keiner Insel des Großen Ozeans Verbrecher deportiert werden dürfen.

Bebel ist gegen die Deportation, ganz abgesehen davon, daß gewisse Leute auch Sozialdemokraten deportieren möchten. Daß die Frage so eingehend erörtert werde, beweise ihm, daß man den Glauben an die Kolonien verloren habe. Wären erst Gefangene dort, würde kein anderer Kolonist hingehen.

Es entspinnt sich hierauf eine Debatte über die Einföhrung

Inventur-Räumungs-Verkauf — Conrad Grau
Verkauf zu ausserordentlich billigen Preisen.



